

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 292.

Montag, den 14. Dezember 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Freisinn und Rüstungswahn.

Es ist noch nicht ein Jahrzehnt her, daß von amtlicher Stelle im Deutschen Reichstage erklärt wurde, daß Deutschland keine starke Hochseeflotte brauche, weil es durch den Charakter seiner Küsten gegen einen feindlichen Angriff gesichert sei. Die Gefahr einer Invasion zur See sei durch die Gestalt der Küstengewässer ausgeschlossen; die Aufgabe der deutschen Marine bestünde nur darin, Landungsversuche und den Angriff auf deutsche Hafenstädte zu vereiteln. Von dem Argument, das seitdem, zuerst in den Flugschriften des Flottenvereins, dann auch in den Reden der amtlichen Reichsvertreter und schließlich auch in der Presse überhaupt eine so große Rolle spielt: daß Deutschlands Handel gegen Eingriffe von außen geschützt werden müsse, war damals noch keine Rede. Dies Argument ist schließlich aber das einzige, das zur Verteidigung unseres wahrhaftigen Marinewettlaufens vorgebracht zu werden pflegt.

Nun ist es richtig, daß sich der deutsche Handel seit einem Jahrzehnt gewaltig entwickelt hat. Während im Jahre 1897 sich die Gesamtausfuhr Deutschlands auf 3955 Millionen Mark bezifferte, ist sie im Jahre 1907 auf 7447 Millionen gestiegen, hat also eine Zunahme von 3492 Millionen Mark erfahren. Dieses Anwachsen des deutschen Handels soll nach der chauvinistischen Legende unserer Flottenfanatiker in England eine wütende Eifer sucht erregt haben, die sich möglicherweise einmal in einem kriegerischen Raubüberfall auf die deutsche Handelsflotte entladen könnte. Diese Legende unterscheidet aber die Tatsache, daß sich in demselben Zeitraum auch die Gesamtausfuhr Englands gewaltig gehoben hat, nämlich von 6010 Millionen auf 10570 Millionen, also eine Steigerung von 4560 Millionen erfahren hat, eine noch beträchtlichere Steigerung als die deutsche Gesamtausfuhr. Daß England vollends keine Ursache hat, auf Deutschlands Handelsentwicklung eifersüchtig zu sein, beweist die Tatsache, daß sich die Ausfuhr Englands und seiner wichtigsten Kolonien nach Deutschland gerade in den letzten Jahren ganz bedeutend gehoben hat! Es betrug nämlich die Ausfuhr Großbritanniens und seiner wichtigsten Kolonien Britisch-Indien, Australien, Ägypten, Britisch-Westafrika und Britisch-Südafrika nach Deutschland im Jahre 1900 1260 Millionen, während sie im Jahre 1907 auf 1813 Millionen angewachsen war. In diesen letzten sieben Jahren hatte sich also die Ausfuhr Englands und seiner größten Kolonien nach Deutschland um 553 Millionen gehoben, d. h. um nicht weniger als 43 Proz. England hat also nicht die geringste Ursache, Deutschlands Konkurrenz zu fürchten, da sie bisher nur zu einer Ausdehnung gerade des englischen Handels beigetragen hat. Vielmehr könnte England eifersüchtig auf Amerika sein, da seine Handelsbilanz mit Amerika eine passive ist, nämlich Englands Ausfuhr nach Amerika um weit mehr als das Zweieinhalbfache übertrifft. Die „Eifersucht“ Englands ist also ein sinnloses Märchen, das von deutschen Chauvinisten erunden worden ist, um einen Vorwand zu haben für die uferlosen deutschen Flottenrüstungen, die es allein verschulden, daß England mit Mißtrauen auf Deutschland blickt.

Nun wird allerdings auch von den freisinnigen Zeitungen, beispielsweise der „Vossischen Zeitung“ ausgeführt, daß England ja gar kein Recht habe, von Deutschland eine Einschränkung seiner Flottenrüstungen zu verlangen, da ja auch außer Deutschland andere Staaten ihre Flotten vergrößerten. Demgegenüber ist die einfache Tatsache festzustellen, daß das kolossale Betrüben, namentlich zwischen Deutschland, England und Amerika erst auf die deutschen Flottenrüstungen und die deutschen weltpolitischen Rundgebungen zurückzuführen ist. Und wenn die „Voss. Zig.“ meint, daß ja England selbst noch immer den Ehrgeiz habe, stärker zur See sein zu wollen, als die beiden nächst ihm stärksten Mächte, so vergißt das wackere Freisinnblatt ganz, daß England weltpolitisch auch am meisten zu verlieren hat! Deutschlands Kolonien umfassen einen Flächenraum von 2,6 Millionen Quadratkilometer mit 12 Millionen Einwohnern, während Englands Kolonien 29,2 Millionen Quadratkilometer mit 349 Millionen Einwohnern umfassen. Auch Frankreich mit seinem Kolonialgebiet von 11 Millionen Quadratkilometern und 45 Millionen Einwohnern kann, wenn man es einmal auf den Standpunkt der kapitalistischen Weltpolitik stellt, einen ganz anderen Anspruch auf Flottenschutz erheben als das deutsche Kolonialgebiet.

Ganz abgesehen davon, daß man von einer Macht wie England, die solange die Vormacht zur See behauptete, nicht erwarten kann, daß sie plötzlich zugunsten einer anderen Macht abdankt, die keine wertvollen Kolonien zu beschützen hat und deren Handel auch keineswegs bedroht erscheint, deren Flottenrüstungen insoweit von den englischen Chauvinisten und Imperialisten nur zu leicht als Vorbereitung für eine spätere Welteroberungspolitik großen Stiles gedeutet werden können.

Daß Fürst Bülow am Donnerstag die Möglichkeit der Beschränkung der Marinewettlaufens bestritt, ist ja bei der Entwicklung unserer Marinewettlaufens und unserer ganzen Weltpolitik verständlich; daß aber freisinnige Blätter das Flottenwettlaufen zu verteidigen wagen, beweist, wie sehr auch der Blockfreisinn dem Flottenwahn und der konfliktschwangeren Weltpolitik unrettbar verfallen ist! Eine um so bodenlosere Heuchelei liegt dann allerdings in dem Vbrämenkampf unseres Liberalismus gegen das persönliche Regiment und den Vereinnahmung über „mangelnde Sparsamkeit im Staatshaushalt“.

Die Schäden des persönlichen Regiments bestanden ja im Grunde weit weniger in jenen Äußerungen weltpolitischer Art, wie z. B., daß der Dreizack in unsere Faust gehöre, daß nirgends in der Welt eine Entscheidung fallen dürfe ohne Deutschlands Eingreifen, als vielmehr in der Tatsache, daß in demselben Tempo, wie sich die weltpolitische Rhetorik des persönlichen Regiments steigerte, auch die Flottenrüstungen und die Ausgaben für die Weltpolitik immer mehr ins Uferlose wuchsen. Die Tatsache, daß während der letzten anderthalb Jahrzehnte die Ausgaben für Heer, Flotte und Weltpolitik sich mehr als verdoppelt haben, daß wir heute 800 Millionen Mark mehr dafür zahlen müssen als im Jahre 1892/93, hat unendlich viel aufreizender auf England gewirkt, als selbst das Krüger-Telegramm und andere Taten des persönlichen Regiments. Denn die Reden Wilhelms II. konnten England völlig kalt lassen. Durch die verschiedenen Flottenvorlagen indessen wühlte sich England gezwungen, eine Steigerung seiner Flottenausgaben eintreten zu lassen, die in weiten Bevölkerungskreisen die größte Erbitterung hervorgerufen hat und das schwerste Mißtrauen gegen Deutschland auslöste. Wenn also der deutsche Liberalismus die Fehler des persönlichen Regiments auch nur im geringsten wieder gut zu machen beabsichtigt, so müßte er sich mit aller Energie für eine Verkündigung der beiden jetzt rivalisierenden Staaten Deutschland und England in bezug auf die Flottenrüstungen ins Zeug legen!

Die liberale Presse hatte um so weniger Ursache, sich auf die Seite des Fürsten Bülow zu schlagen, als dieser in seiner Erklärung behauptet hatte, daß niemals ein Vorschlag an Deutschland herangetreten sei, der die Frage der internationalen Einschränkung der Rüstungen zur See berührt hätte. Fürst Bülow muß wissen, daß Deutschland zweimal der Frage der Abrüstung in der schroffsten Weise entgegengetreten ist, sowohl bei der ersten internationalen Friedenskonferenz, wo sich seine Vertreter in der schärfsten Weise gegen die von Rußland ausgehenden Abrüstungsvorschläge wendeten, als auch im vorigen Jahre, als von dem englischen Premierminister aus der Vorschlag propagiert wurde, der internationalen Friedenskonferenz in Haag den Plan einer Einschränkung der internationalen Seerüstungen vorzuschlagen. Es ist unbestreitbar, daß sich der englische Premierminister ebenso lebhaft für diesen Gedanken erwärmte, als Deutschland sich bemühte, die Erörterung dieses Gegenstandes von vornherein von der Tagesordnung auszuschließen. Fürst Bülow mußte ein ungeheurer schlechtes Gedächtnis bei den Reichstagsabgeordneten voraussetzen, wenn er wagte, diese notorische Tatsache zu bestreiten. Um so ungeheurer ist es, daß sich eines der angesehensten Blätter der Freisinnigen Volkspartei ganz auf den chauvinistischen Standpunkt des Fürsten Bülow stellt und die Möglichkeit einer internationalen Verständigung über die Flottenrüstungen leugnet.

Daß sich der Freisinn zum Sekundanten des Weltpolitikers und Flottenfanatikers Bülow aufwirft, beweist nur die Richtigkeit unserer Behauptung, daß im ganzen deutschen Bürgertum eben der ernste Wille fehlt, dem Flottenwettlaufen und der uferlosen Kolonialpolitik Einhalt zu tun, um dadurch zu einem friedlichen Einvernehmen und zu einer Verständigung mit England beizutragen.

Wie in der Vergangenheit, muß es auch in Zukunft in noch viel höherem Maße die Aufgabe des internationalen Proletariats sein, die Ursache

der Kriegskonflikte, die Welt- und Kolonialpolitik, zu bekämpfen und durch unzweideutige Stellungnahme zu beweisen, daß die herrschende Klasse um Kopf und Kragen spielt, wenn sie die gegenseitigen Eifersüchteleien auf die Spitze und bis zum offenen Konflikt treibt!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

„Notleidende“ Strohbacksticker.

In einer kulinarischen Blaudelei über den Dezember und seine Küchengebungen, die in dem Organ des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tagesztg.“ zu lesen ist, werden unter allerlei weisen, gelehrten und kurzweiligen Bemerkungen Vorschläge für den weihnachtlichen Mittagstisch der Leser jenes Blattes gemacht. Es ist eine leckere Kost, die den „notleidenden“ Agrariern da empfohlen wird:

Als hors d'oeuvres natürlich Kaviar und Austern; für die Suppe die Schildkröte als Rohmaterial. Das sei „nicht schwer zu wählen“. Als Fisch aber will man „mal etwas anderes“ haben, und man läßt sich Blaufelchen aus dem Bodensee kommen, die gebraten am besten munden. Zum festlichen Fleischbraten nimmt man ein paar steyerische Kapauern oder Puter, und dazu gehören als Gemüse „unbedingt“ Trüffel.

So die Grundlagen des Mahles, das natürlich mit einigem Sekt hinabgespielt werden muß. Einen schlechten Geschmack hat der agrarische Küchenmeister nicht, aber er verrät ein betrübendes „antinationales“ Empfinden. Schon Kaviar und Austern sind keine deutschen Produkte, denn gegen Eschavari, den er „witzig“ als „Froschlach mit Stiefelmüchse“ bezeichnet, empfindet der ostelbische Gourmet, der sich unter seinem „geflickten Strohback“ einen gediegenen und verfeinerten Geschmack herangefuttert hat, einen unüberwindlichen Abscheu, und er zieht auch englische Whistables den holsteinischen Austern vor. Was soll man ferner dazu sagen, daß als Braten steyerische, also keine „nationalen“ Kapauern empfohlen werden, und daß ein französisches Produkt, die Trüffel, dazu genossen werden soll? Was sagt Herr Dr. Diederich Hahn, der teutsche Mann, zu solaner verwässelter Geschmacksverirrung? Da ist die Hoffnung nur schwach, daß wenigstens an Stelle „erbseindlicher“ Sektes „nationaler“ Schaumwein getrunken wird.

Eins aber tröstet uns, so schreibt die „Berl. Volksztg.“ zutreffend, wenn der Küchengelahrte des Bündlerblattes seinen Lesern eine derartige kostspielige Speisefolge empfiehlt, so lebt er der Erwartung, daß sie sie auch bezahlen können. Man ersieht also daraus wieder einmal, daß es den Agrariern nicht so schlecht geht, wie sie es immer hinstellen, wenn es heißt, um neue Liebesgaben betteln. Derjenige große Teil des deutschen Volkes aber, der dank der Lebensmittelverteuerungspolitik dem Agrarierum zu zinsen gezwungen ist, darf zusehen und sich den Mund wischen.

Was wird mit dem Hilfskassengesetz?

Am 28. November 1905 wurde dem Reichstage der Entwurf zu einer Reform des Hilfskassengesetzes vorgelegt. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Schwindelkassenwesens brachte der Entwurf eine Reihe Bestimmungen, die eine erhebliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Kassen in sich schlossen. Der Entwurf wurde von der Kommission durchberaten und ergänzt, fand aber auch in der abgeänderten Form viele Gegner. Dann wurde der Reichstag aufgelöst. Dem neuen Reichstag unterbreitete die Regierung, die auf die Neuregelung großen Wert legt, den Entwurf in der Gestalt, die er in der früheren Kommission erhalten hatte. Der Reichstag hat noch keine Zeit auch nur zur ersten Lesung gefunden. Zu Anfang dieses Jahres erklärte in der „Sozialpolitischen Woche“ der Staatssekretär des Innern, die Reform des Hilfskassenwesens solle mit der des Krankenversicherungswesens Hand in Hand gehen. An eine Zurückziehung des Entwurfes denke die Regierung nicht. Demnach wird der Reichstag demnächst, wenn die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ihm zugehen wird, sich auch mit der Reform des Hilfskassenwesens zu beschäftigen haben. Dabei wird aber das Schwergewicht der Beratung, wie der Chemnitzer „Volksstimme“ aus dem Reichstage geschrieben wird, wahrcheinlich auf einen ganz anderen Punkt gelegt werden als früher. Drehte sich früher der Streit hauptsächlich darum, ob die Hilfskassen dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden sollen, so wird sich nächstens der Kampf darum drehen, ob die Hilfskassen als vollgültige Krankenkassen bestehen bleiben sollen, ob die Mitgliedschaft davon der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse (Orts-Be-



Heilsskaffe v. a.) befreien soll, wie das im § 75 des geltenden Krankenversicherungsgesetzes vorgesehen ist. Jetzt tritt im „Preussischen Verwaltungsblatt“ 1908, S. 975, Regierungsrat Hoffmann lebhaft dafür ein, durch Aufhebung des § 75 den Hilfskassen die Fähigkeit, selbständige Träger der Krankenversicherung zu sein, zu entziehen. Damit würden die Hilfskassen zu bloßen Zuschüssen degradiert. Bei der entlichen Stellung Hoffmanns darf man seinen Ausführungen eine gewisse Bedeutung nicht absprechen. Er sagt noch dazu, daß „weite maßgebende Kreise“ seine Ansicht teilen.

Den Hilfskassen droht also noch weit größere Gefahr, als die Annahme dieses Entwurfes zum Hilfskassengesetz darstellen würde. Durch die Entziehung des Rechts, Erfah der Zwangskassenversicherung zu bieten, würde ihnen sofort das Lebenslicht ausgeblasen. Der weitaus größte Teil ihrer Mitglieder ist krankenversicherungspflichtig und zu einer Doppelversicherung kaum geneigt. Die Hilfskassen haben daher alle Ursache, auf dem Posten zu sein und gegen die Vernichtungspläne rechtzeitig Stellung zu nehmen.

#### Der Fall Koedel.

Der Vorstand des Badischen Lehrervereins veröffentlicht folgende Erklärung der sämtlichen Mitglieder zum Fall Koedel:

„Mit tiefem Bedauern hat der Vorstand des Badischen Lehrervereins von der Disziplinierung des Obmann-Stellvertreters M. Koedel Kenntnis genommen. Der Vorstand kam in der unter Anführung gestellten Rede, gehalten gelegentlich der Deutschen Lehrer-Versammlung in Dortmund, keine Verletzung der Standespflichten erblickend. Er muß vielmehr bekennen, daß darin die tatsächlichen Schulverhältnisse Badens unter dem Gesichtswinkel des Themas: Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen bezeichnet werden, und daß dabei die Überzeugungen und die Empfindungen der badischen Lehrerschaft bezüglich der Gehaltsfrage zum Ausdruck kommen.

Im Namen des Badischen Lehrervereins drückt der Vorstand dem verdienten Vorkämpfer Koedel die volle Sympathie und das unerschütterliche Vertrauen aus und hegt die sichere Erwartung, daß Koedel nach wie vor seine hervorragende Kraft und Sachkenntnis den Bestrebungen der Lehrerschaft widmen wird.“

Diese Erklärung ist von 20 Lehrern unterzeichnet.

#### Zollwucherer über Volksbildung.

Bei der Besprechung der Regierungsvorlage, betreffend die Einführung des fakultativen Fortbildungsunterrichtes, hielt der agrarische Abgeordnete Deumeland in der Braunschweigischen Landesversammlung folgende Rede, die als charakteristisch für die Bildungsfeindschaft dieser Kreise weiter bekannt zu werden verdient:

„Sie wollen mit der Fortbildungsschule ein Geschlecht heranziehen, was besonders sittlich, fleißig und strebsam werden kann. Das ist gut gemeint. Ich bin nicht der Ansicht, daß die wirtschaftliche Kraft eines Volkes durch einen möglichst hohen Bildungsgrad bedingt sei. Eine gewisse Bildung ist notwendig, aber ebensogut maget eine allzuvieler (Heiterkeit.) Sobald die jungen Leute eine klassische Bildung haben, lassen sie die körperliche Arbeit. Namentlich für uns Landwirte ist das zu merken, wenn einer mehr als 3 und 5 zusammenzählen kann, dann will er nicht mehr arbeiten. Eigentlich müßte die Volksschule den Kindern das nötige Wissen beibringen können. Ein Mensch, der durch körperliche Arbeit seinen Unterhalt erwerben muß und der neben Religion Lesen und Schreiben gelernt hat, der kann eben so gut durch wie ein gebildeter Mensch. Auf dem Lande kommt es auf körperliche Arbeit an. Ich sehe nicht ein, warum ein Mensch, der zu körperlicher Arbeit bestimmt, sein Gehirn mit viel Wissen belasten soll. Er ist viel glücklicher, wenn er das viele Zeug nicht weiß. Solange der jetzige Humanitätswulst anhält, solange wird es nicht besser. Wenn da die Zügellosigkeit der Jugend nicht durch kräftige Hiebe unterdrückt wird, so ist da garnichts zu machen. Wenn die Lehrer einmal einen gründlich durchgehauen haben, werden sie zu Anzeiger gebracht, und darum hat sich in Lehrerkreisen eine Gleichgültigkeit bemächtigt gegen diese Bengels. Wenn der ausübenden Staatsgewalt das Recht gegeben würde, einmal dazwischen zu gehen, dann brauchen wir gar keine Fortbildungsschulen. Ich bleibe dabei: Unser Herrgott regiert die Welt und der Knüttel die Menschheit.“

Fromme und patriotische Sprüche und dazu gehörige Hiebe, das sind die Mittel, die nach dem Ermessen der Agrarier unserer Volksgeister tun. Um Rechte zu erzielen, sind das allerdings die geeigneten Mittel. Aber als klügerweise ist unsere Presse doch schon mächtig genug, diese agrarischen Bildungsmittel zu einem guten Teil unbrauchbar zu machen und den Boden vorzubereiten für eine Staatsordnung, die nicht von Gott, Agrariern und Prügelein, sondern von anständigen Menschen bestimmt und regiert wird.

#### Die Zuckersteuer.

Die „Agrarkorrespondenz“ behauptet, daß sich neuerdings Bestrebungen geltend machen, die auf Herabsetzung des Gesetzes über die künftige Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 Mk. auf 10 Mk. hinauslaufen. In Vertretung der agrarischen Interessen wendet sich die Korrespondenz scharf gegen diese Bestrebungen, sie schreibt:

Durch die Steuerermäßigung sollte der Verbrauch ermöglicht werden, den großen Schaden auszugleichen, welcher die zückerbauende Landwirtschaft und die Zuckerindustrie von der Verlängerung der Brüsseler Konvention anerkanntermaßen bedroht, und deshalb wurde die Herabsetzung der Zuckersteuer als Äquivalent für die Zustimmung zum neuen Brüsseler Vertrage versprochen. Nur unter gleichzeitiger geleglicher Festsetzung dieser Herabsetzung wurde die Ratifizierung der Brüsseler Konvention zustande gebracht. Setzt, nachdem die letztere tatsächlich erfolgt ist, ist es nicht zulässig, das Äquivalent rückgängig zu machen.

Die Bedeutung der Herabsetzung der Zuckersteuer für die Konsumenten wird in der Notiz nicht erwähnt.

#### Bravo Bebel!

Unter dieser Spitzmarke teilt die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern mit, daß der Genosse Bebel, wie wir berichteten, es abgelehnt habe, eine Rede in ein Grammophon zu halten, trotzdem ihm 3000 Mk. und Provision in Aussicht gestellt waren. Leider vergißt die „Deutsche Tageszeitung“ ihren geistig etwas schwerfälligen Lesern mitzuteilen, daß Wilhelm II. nicht so handelte wie Bebel, daß er in der Tat die Reklamezwecke der Firma unterstützte und eine Rede ins Grammophon hielt.

Aber freilich! Kritik nach „oben“ zu üben, dazu langt's nicht bei den Prozentpatrioten.

#### Bei der Reichstagswahl

in Mejeritz-Bomst wurde der Konservative Graf Westarp gewählt.

#### Das Finanzwesen in Deutschland.

Der längst angekündigte vierte Band der Denkschriften zur Begründung der Reichsfinanzreform ist nunmehr erschienen. Aus dem Inhalte sei hervorgehoben, daß behandelt werden: Die Entwicklung des Marktes für deutsche Reichsanleihen; Anleihen der Bundesstaaten; kommunale Anleihen; die öffentlichen Garantieschulden; halböffentliche Obligationen; Obligationen der Hypothekendarlehenbanken; Eisenbahnobligationen und Aktienwesen. Ferner ist enthalten: eine Übersicht über die Kursbewegung der Anleihen an den Hauptbörsen der wichtigsten Länder. Schließlich noch eine Übersicht über die Entwicklung des Bank- und des Marktdiskontes der Hauptplätze und endlich werden die Gründe angeführt für den Kursstand der deutschen Anleihen. Aus den Vorbemerkungen ist folgendes zu entnehmen: Die Entwicklung des öffentlichen Schuldenwesens zu einem dauernden, allgemein anerkannten, nicht mehr den Charakter der Anomalie an sich tragenden Faktor im Staatshaushalt hat in Deutschland erst im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts begonnen; erst im letzten ist sie, wesentlich infolge zum Teil veränderten Charakters der Betätigung von Reich, Bundesstaaten und kommunalen Körperschaften, zu einem für die Lage des Geldmarktes und damit des gesamten Wirtschaftslebens mitbestimmenden Faktor geworden. Während der Wechselbeziehungen zwischen Geldmarkt und Wirtschaftsleben einerseits und dem heimischen Anleihewesen andererseits in einigen anderen Hauptstaaten, vor allem in Holland, England, Frankreich, auch Österreich und Nordamerika, eine 100 bis 200 Jahre alte Tradition aufweisen, ist die Bewegung in Deutschland in erheblichem Umfange erst nach der Reichsgründung, im großen Stil aber erst parallel mit der ganzen modernen Entfaltung seit den 80er Jahren eingetreten. Die Schulden betragen heute:

des Reiches . . . . .	4253,5 Millionen Mk.
der Einzelstaaten . . . . .	14362,4 „ „
der Kommunen und höheren Kommunalverbände . . . . .	7420,0 „ „
Insgesamt sind also zu verzinzen . . . . .	26034,9 Millionen Mk.

#### Der Steuerbedarf.

Der Wirtwart im Reichsfinanzwesen erstreckt sich hinein bis in die Meinungen darüber, wie groß der Bedarf an neuen Steuern eigentlich ist. Der Regierung ist es nicht so sehr zu verargen, wenn sie bei dem großen Steuerfischzug, der jetzt ins Werk gesetzt werden soll, recht viel herauszuschöpfen möchte. Die Parteien aber möchten den Bedarf möglichst niedrig einschätzen, um so um die unangenehmen Steuern herumzukommen. Über diese Frage wurde in der Steuerkommission des Reichstags lebhaft gestritten, ohne daß man zu einer Einigung gekommen ist. Vom Reichsschatzamt waren der Kommission des Reiches, die jedoch keinen speziellen Einblick in die Abschlässe gestatteten. Über diese Unterlagen entspann sich eine allgemeine Debatte, in der der Regierung von einigen Seiten opponiert wurde. Abgeordneter Erzberger (3.) kritisierte die Aufstellung des Etats für Marine und Reichswehr. Die Ansätze hierfür seien zu hoch und zu unklar. Er hält die jährliche Einstellung von 42 Millionen Mark für die kommende Witwen- und Waisenversorgung für eine künstliche Erhöhung des Bedarfs; die Aufstellungen und Anforderungen der einzelnen Ressorts seien ungeheuer groß und zu hoch. Abstriche würden erfolgen müssen. Unterstaatssekretär Tzwele und Direktor des Reichsschatzamts Kühn bestritten dies. Herr Tzwele sagte, die Schätzungen seien vorsichtiger Art, die Aufstellungen mit aller Umsicht erfolgt; es sei zu verhindern, daß wieder Fehlbeträge entstehen, wenn man zu einer guten Finanzreform kommen wolle. Direktor Kühn wies auf den Rückgang der Erträge aus den Zöllen hin, der infolge der wirtschaftlichen Depression eingetreten sei. Ferner sei eine Wiedereinnahme bei der Zucker-, der Stempel- und der Erbschaftsteuer zu verzeichnen.

Bei der weiteren allgemeinen Debatte stellte sich heraus, daß diese allgemeinen Betrachtungen zu keinem praktischen Resultat führen. Daher wurde in einer Geschäftsordnungsdebatte über die weitere Behandlung der Angelegenheit festgestellt, daß spezielle Unterlagen von der Regierung gefordert werden müssen. Abgeordn. Erzberger wünscht eingehendes Material über die Einzelsätze, besonders über Heer, Kolonien und Flotte. Der Schatzsekretär erklärt sich dazu bereit; auch für Post, Telegraphen und Reichseisenbahnen soll dergleichen Material gegeben werden. Außerdem wünscht er, daß Spezialwünsche dem Schatzamt mitgeteilt werden; die Einzelressorts würden von den Kommissaren mündlich klargestellt werden. Der Abgeordnete v. Camp sprach sich gegen mündliche Information aus, das Material müsse gedruckt zur Einsicht in die Hände der Abgeordneten kommen. Die Kommission entschied sich in diesem Sinne. Am 12. Januar sollen die Beratungen fortgesetzt werden.

#### Zur bayerischen Steuerreform.

Der sozialdemokratische Antrag, weibliche Personen bis zu einem Einkommen von 1200 Mk. steuerfrei zu lassen und das Einkommen männlicher Personen bis 1200 Mark mit 50 Pfg. zu besteuern (in Rücksicht auf das Wahlrecht), wurde im Steueransatz des Landtages mit allen gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt.

Steuerfrei bleibt das Einkommen bis 300 Mk., von einem Einkommen von 300 Mk. bis 600 Mk. ist eine Steuer von 50 Pfg. zu entrichten. Dabei kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen unseren Abgeordneten und den Vertretern des Zentrums einerseits und den Blockliberalen andererseits. Korreferent Dr. Quibde beantragte, im Einklang mit der Regierungsvorlage, Einkommen bis zu 600 Mk. nur auf Antrag der Steuerpflichtigen zu veranlagern, während jetzt alle Einkommen, in Rücksicht auf das Wahlrecht, veranlagt werden und Steuerfreiheit, die den Verlust des Wahlrechtes zur Folge hat, nur auf Antrag der Steuerpflichtigen eintritt. Schon auf Grund des geltenden Rechtes haben über 100 000 Pfllichtige Steuerfreiheit erlangt. Würde der Antrag des „Demokraten“ Dr. Quibde Gesetz werden, so würde sich voraussichtlich die Zahl derer, die keine Steuern zahlen, verdreifachen und dementsprechend die Wählerzahl verringern. Das will zweifellos der Block erreichen.

Zentrum und Sozialdemokraten nahmen gegen diesen Versuch, das Wahlrecht zu verschlechtern, scharfe Stellung. Der Vertreter der Zentrumspartei erklärte geradezu, unter Umständen an dieser Bestimmung das Gesetz scheitern zu lassen.

Abgelehnt wurde weiter ein Antrag unserer Vertreter: Alle auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung errichteten Arbeiterorganisationen steuerfrei zu belassen. Eine Einschränkung der Regierungsvorlage wurde durch folgende Fassung der einschlägigen Bestimmungen erzielt:

Von der Einkommensteuer sind befreit: die juristischen Personen und nicht rechtsfähigen Vereine, insbesondere Anstalten und Kassen, deren Einkünfte satzungsgemäß ausschließlich zu fortlaufenden Unterhaltsbeiträgen oder zu Unterstüzungen in Krankheit, Sterbe- oder Notfällen oder im Falle der Arbeitslosigkeit an die Mitglieder oder deren Hinterbliebenen verwendet werden. Bei der Veranlagung zur Steuer bleiben die Mitgliedsbeiträge außer Betracht.

Eine sehr lebhaft entwickelte Debatte entwickelte sich über die Besteuerung der Konsumvereine. Unsere Parteigenossen hatten beantragt: Konsumvereine, welche den über eine angemessene Verzinsung der Mitglieder-Anteile hinausgehenden Gewinn (abgesehen von den statuten-gemäßen Rücklagen: Reservefonds, Stiftungsfonds, Betriebsfonds, Auszahlung einer Erübrigung von 5 Prozent auf den Warenumsatz ihrer Mitglieder) zu gemeinnützigen Zwecken, wie Kleinwohnungsbauten und wirtschaftlicher Hebung der erwerbenden Stände, verwenden, steuerfrei zu lassen. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen unserer Abgeordneten abgelehnt. Eine Doppelbesteuerung der Konsumvereine soll dadurch vermieden werden, daß die Dividenden der Mitglieder bei der Veranlagung zur Einkommensteuer außer Ansatz bleiben.

#### Österreich-Ungarn.

Die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der österreichische Botschafter in Konstantinopel wurde von Baron v. Mehrenthal angewiesen, die Verhandlungen mit der Türkei wieder aufzunehmen.

#### Frankreich.

Die neue Blockorganisation. Von den Fraktionen der Linken in der Kammer schloß die demokratische Union und die Gruppe der „unabhängigen“ Sozialisten, die Bemühungen zur Wiederherstellung eines Vertrauensmännerkonvents zu unterstützen. Die geeinigten Sozialisten beschloßen dagegen, sich fern zu halten.

#### Rußland.

Henkersarbeit. Nach einer Meldung aus Petersburg wurden in ganz Rußland während der Monate Januar bis Oktober dieses Jahres insgesamt 1481 Todesurteile gefällt. Was die Vollstreckung der Urteile anbelangt, so pflegt darüber die Öffentlichkeit weniger informiert zu sein. Immerhin konnten die Zeitungen aus eigenen Mitteilungen 581 Hinrichtungen zusammenrechnen. Auf die einzelnen Monate verteilten sich die Todesurteile folgendermaßen: Auf den Januar kamen 116 Todesurteile, der Februar brachte schon 122, der März 184, der April 106, im Mai waren es gar 217, im Juni 131, im Juli 161, im August 148, im September 118, worauf schließlich der Oktober mit 178 folgte. Am ärgsten haben die Militärgerichte in Warschau gewütet. Das dortige Kriegsgericht besaßte sich im Laufe der ersten sechs Monate dieses Jahres mit 162 Prozessen. Es verurteilte von 432 Angeklagten 206 zum Tode und 104 zur Zwangsarbeit in Sibirien (Katorga). Die Verschuldungen, um derenwillen die Todesurteile gefällt wurden, waren folgende: politischer Terror bei 33 Personen, Expropriationen und Straßenberaubungen bei 72, Bandenüberfälle bei 57, Arbeiterverschöpfung bei 15, bewaffneter Widerstand und Selbstwehr bei 15, wirtschaftlicher Terror bei 6, eigenmächtiges Gerichtsverfahren bei 7. Bei zehn der zum Tode Verurteilten ist der Öffentlichkeit das Schicksal derselben unbekannt geblieben, 93 wurden tatsächlich hingerichtet, und 103 zu langjähriger oder lebenslänglicher Katorga begnadigt. Abgesehen von den für Lebenszeit der Katorga Anheimgebliebenen betrug die Gesamtzeit der in Warschau zur Katorgastrafe Verurteilten oder Begnadigten 3019 Jahre; auf die einzelne Person entfallen danach mehr als 15 Jahre im Durchschnitt. In Warschau hat ferner der Generalgouverneur neuerdings sogar ohne Gerichtsurtell ein Todesurteil gefällt und es vollziehen lassen. In Lodz (Rußisch-Polen) wurden in derselben Zeit 50 Todesurteile gefällt. Hier soll von der Begnadigung noch in verhältnismäßig geringerem Maße Gebrauch gemacht worden sein als in Warschau. — Diese schrecklichen Zahlen beweisen, daß in unserem Nachbarstaate Rußland nach wie vor wahrhaft barbarische Zustände herrschen.

#### Finnland.

Majestätsbeleidigung. Das Zentralorgan der finnländischen Sozialdemokratie, „Työmies“, drückte vor einiger Zeit im Sineratenteil eine Karikatur ab, die Ähnlichkeit mit dem russischen Reichsadler hatte. Die Karikatur wies verschiedene Henkerswerkzeuge auf und wurde darum als für Rußland beleidigend aufgefaßt. Nun



ist die Angelegenheit Nikolaus II. zur Entscheidung unterbreitet worden, ob daraus dem „Työmies“ ein Majestäts-beleidigungsprozeß gemacht werden soll oder nicht.

**Afrika.**

**Hungersnot im Oamboland.** Im Oamboland herrscht große Hungersnot infolge der gegenwärtigen Dürre. Viele Menschen sterben. Die Regierung sandte Lebensmittel in die betroffenen Gebiete.

**Indien.**

**Ausnahmegeetze gegen die Eingeborenenbewegung.** Aus Kalkutta wird berichtet: Der gesetzgebende Rat nahm einen Gesetzentwurf an, der ein schärferes und mehr summarisches Verfahren gegen Anarchisten und Unruhestörer einführt, und Gesellschaften, die den öffentlichen Frieden gefährden, verbietet. Das Gesetz tritt zunächst in den Provinzen Bengalen und Assam in Kraft. Der Generalgouverneur ist jedoch befugt, es auf die übrigen Provinzen auszuweiten. Die Eingeborenenmitglieder des gesetzgebenden Rates sind warm für das Gesetz eingetreten. (?) Während der Debatte über den Gesetzentwurf erklärte der Vizekönig, Carlos Minto, die gegenwärtigen Gesetze seien unzulänglich, um den stets drohenden Gefahren zu begegnen. Die Entdeckung der geheimen Waffenniederlage, der Mordschlag auf den Leutnantsgouverneur von Bengalen und die Ermordung des Polizeikommissars hätten ein neues Kapitel in der Geschichte des Aufstandes eröffnet. Es sei eine weitverzweigte Verschwörung aufgedeckt, deren eingeständenes Ziel die systematische Ermordung der Regierungsbeamten und die Beseitigung der britischen Regierung aus Indien sei. Der Vizekönig fordert alle Klassen und alle Gesellschaftsklassen auf, sich zu vereinigen, um den geheimen Anschlüssen und Gefahren ein Ende zu machen, durch die das tägliche Leben des ganzen Volkes lahmgelegt würde. — Wenn die in Indien herrschende englische Ausbeuterregierung glaubt, durch solche drakonischen Gesetze die Unabhängigkeitsbewegung unterdrücken zu können, so könnte ihr ein Blick in die Geschichte zeigen, daß ähnliche Maßregeln stets das Gegenteil erreichten. Das britische Joch wird für die Indier um so drückender werden und ihre revolutionäre Energie steigern. Demgegenüber will es nichts befagen, daß sich einige von der britischen Regierung profitierenden Eingeborenenkreaturen für das Gesetz ausgesprochen haben.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

Montag, den 14. Dezember.

**Achtung Zimmerer!** Aber das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stöckelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

**Achtung Maurer!** Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Wädel, Fackenburg Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhäuser Nr. 21-23, Grünmühle in der Hafenstraße, Siedbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

**Achtung Bauarbeiter!** über die Siedbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Wädel und J. Jabs im Fünfhäuser und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

**Prediger in der Wüste.** Seitdem der „Stadt- und Landbote“ Herrn Tralow zum Redakteur erhalten hat, findet man in diesem freisinnigen Organe mehrfach Ausführungen, die mit der offiziellen freisinnigen Politik im schroffsten Widerspruch stehen. So konnte man am Sonnabend in der politischen Wochenübersicht des „Landboten“ u. a. folgendes lesen:

Die Lage konnte für den Reichstag (bezüglich der Er-ringung einer parlamentarischen Regierung) nicht günstiger sein. Die Reichsfinanzreform mußte das Mittel sein, allen Widerstand zu brechen. Dem Absolutismus keinen Pfennig, die Mittel zur Aufrechterhaltung des Status quo nur einer parlamentarischen Regierung. Man vernahm nichts dergleichen, oder doch recht wenig. So lange ein Volk noch zahlt — — —

Wer die Verhandlungen des Reichstages verfolgt hat, der wird wissen, daß gerade von freisinniger Seite am wenigsten daran gedacht wird, dem Absolutismus die Mittel zu verweigern. Ja, man hat sogar in Lübeck von einem freisinnigen Abgeordneten hören müssen, daß er und seine Freunde geneigt seien, für neue indirekte Steuern einzutreten. Der „Stadt- und Landbote“ hat demnach alle Ursache, sich mit seinen Ausführungen in allererster Linie an seine eigenen parlamentarischen Vertreter zu wenden. In der Wochenübersicht des „Landboten“ heißt es dann weiter:

Nach der Annahme des Zolltarifs ein starkes Anziehen der Güterpreise, die schon damals in keinem Verhältnis zu dem herauszuwirtschaftenden Ertrag standen. Bald wird man wiederum vom Reich verlangen, daß es die Armlen der Armen den Jüngern ihre Einkünfte durch höhere Brotpreise sichern läßt. Warum auch nicht! Sendet das Volk nicht immer noch einige Duzend Reaktionsäre und Interessenpolitiker in den Reichstag? Es ist also ganz einverstanden mit einer weiteren Schröpfung. Feuer verschont man noch Brot und Fleisch. Auf wie lange? Denn der Bedarf des Reiches bleibt nicht stehen und nur eine Reichseinkommensteuer kann radikal helfen. Wie man sich bettet, so schläft man, das deutsche Volk mag sich's hinter die Ohren schreiben und den Hungerriemen fester anziehen.

Für eine Reichseinkommensteuer und eine Reichsvermögenssteuer treten mit Entschiedenheit nur die Sozialdemokraten ein. Die Freisinnigen sind bereit, wie schon erwähnt, neue indirekte Steuern zu bewilligen, durch welche die beschlossenen Klassen getroffen werden. Die Freisinnigen sind es ferner, durch deren Hilfe mehrere Duzend Reaktionsäre und Interessenpolitiker in den Reichstag gelangt sind. Was nützt es dem Volke, wenn einzelne

freisinnige Blätter gelegentlich radikale Lüne anschlagen, die aber mit der ganzen Haltung der freisinnigen Parteien im schroffsten Widerspruch stehen. Konsequenz in der Bekämpfung des Absolutismus und in dem Bestreben, die Lasten des Reiches den tragfähigen Schultern aufzuerlegen ist nur die Sozialdemokratie. Und gerade sie wird vom Freisinn am meisten angefeindet.

**Ist die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durchführbar?** Mit diesem Thema beschäftigte sich die letzte gutbesuchte Mitgliederversammlung des Transportarbeiter-Berbandes. Der Referent wies darauf hin, daß auch in Deutschland eine völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durchführbar sei; das laufende Publikum würde sich ebenso leicht an diese Neuerung gewöhnen wie an den 8 Uhr-Adenschluß. Dann aber sei auch von einer Schädigung der Geschäftsleute keine Rede. Im Interesse der Handelsgewerbetreibenden sei die Arbeiterschaft zu erziehen, nicht an Sonntagen ihre Einkäufe zu besorgen, damit auch die Geschäftsleute einsehen, daß sie getrost an den Sonntagen ihre Läden völlig schließen könnten. Die Versammelten gaben der Erwartung Ausdruck, daß sie in dieser Hinsicht nicht vergebens an das laufende Publikum aus dem Arbeiterstande appellieren würden.

**Weihnachtseinkäufe.** Wenn Weihnachten herankommt, bricht eine Hochflut von guten Ratschlägen und Wünschen auf das laufende Publikum herein. Da kommen die Angehörigen der verschiedenen Interessengruppen auf, die ihr Wort mit in die Waagschale legen wollen. Man solle nicht bei Juden, auch kein billiges Spielzeug kaufen, an dem die Tränen armer Kinder kleben, die in schwerer Heimarbeit die kleinen Herrlichkeiten geschaffen haben. Und was dergleichen mehr ist. Wir möchten ein Wort zu diesen Dingen sagen. Wenn die Angestellten die Klage ertönen lassen, daß sie in den Wochen vor Weihnachten mit Arbeit überhäuft werden, so ist das jedenfalls richtig. Aber neben dem kaufmännischen Personal gibt es noch zahlreiche andere Berufe, denen es nicht besser geht. Der Unterschied ist nur, daß die kaufmännischen Angestellten in den seltensten Fällen überstundenentschädigung erhalten. Davon sind sie aber nur allein schuld, und dieser Abstand wird genau so lange währen, als diese Leute es ablehnen, mit der aufgeklärten Arbeiterschaft gemeinsame Sache zu machen. Immerhin aber sollte der Wunsch dieser Arbeiterkategorie, in der Woche und tagsüber zu kaufen, berücksichtigt werden. Freilich wird vielen Arbeiterfamilien dies nicht möglich sein, da sie selbst tagsüber im Dienste des Kapitals angepannt sind, und darum wohl oder übel die Abendstunden oder die Sonntage zum Weihnachtseinkauf verwenden müssen.

**Eine heftige Schlägerei,** in der auch das Messer eine Rolle spielte, entstand am Sonnabend abend am Kirchhof in der Nähe des Bahnhofes. Zwei Maurergesellen (Akkord-maurer) gerieten mit dem Zimmerpater Feuerlein in Streit. Im Verlaufe desselben erhielt Feuerlein schwere Kopfverletzungen, die von Messerstichen herrührten, sowie einen Bruch der Kniekehle. Während Feuerlein nach seiner Wohnung befördert wurde, bezogen die beiden Maurer im Markt Quartier.

**pb. Diebstähle.** Am 2. d. Mts., in der Zeit von 6 1/2 bis 8 Uhr abends, ist von einem Kollwagen, während er in der Adlerstraße oder Warenstraße kurze Zeit ohne Aufsicht hielt, eine kleine Kiste mit 100 Margarineproben abhand- genommen und vermutlich gestohlen worden. Die Kiste war gezeichnet: „Rheintrone 16262“. — In der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. sind in Israelstorf aus einer unverschlossenen Waschküche folgende nasse Wäschestücke gestohlen worden: 3 Paar Strümpfe, 2 Normal-Unterhemden, 1 Normal-Unterhose, 1 Damen-Pemd und 4 Taschentücher. Die Taschentücher sind mit den Buchstaben „W. J.“ gezeichnet. — In der Nacht vom 12. zum 13. d. Mts. ist aus einem Garten an der Rabeburger Allee ein Lebensbaum gestohlen worden.

**pb. Wem gehören die Kartoffeln?** Vor etwa 3 Wochen sind durch einen Unbekannten 3 Sacke mit Kartoffeln in den Vorteller eines Hauses der Geversstraße hingestellt worden, deren Eigentümer bisher nicht ermittelt werden konnte.

**pb. Eigentümer gesucht.** Ein wegen Unterschlagung von Fahrrädern bezw. wegen Betrug in Haft befindlicher Dachdecker behauptet, sich ein von ihm verkauftes Rad von einem Bäckergehilfen, dessen Namen er nicht kennt, geliehen zu haben. Der event. Eigentümer dieses Rades, welches beschlagnahmt ist, wird ersucht sich im Bureau der Kriminal-polizei zu melden.

**Ein Jugend-Unterhaltungsabend** fand gestern im „Bereitschaftshaus“ statt. Zahlreich hatten sich die jungen Leute beiderlei Geschlechts eingefunden und lauschten gespannt den mancherlei Darbietungen. Hochbefriedigt verließen sie die Veranstaltung mit dem Versprechen, auf dem nächsten Unterhaltungsabend, der im Januar stattfindet, zahlreich zu erscheinen.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Am Dienstag, abends 8 Uhr, erscheint die mit so großem Beifall aufgenommene phantastische Komödie „Der Diamant“ von Friedrich Heibel gleichfalls zum letzten Male auf dem Spielplan. Für Mittwoch und bei kleinen Breiten außerhalb des Mittwoch-Abonnements die beiden wirkungsvollen Lustspiele „Im weißen Rößl“ und „Als ich wieder kam“ von Blumenthal und Kadelburg angelegt. Die vorgestrige achte Aufführung des „Waltertraum“ (außer Freitag-Abonnements) fand vor fast ausverkauftem Hause statt. Die Direktion hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die zugkräftige Operette mit Rücksicht auf die vor dem Feste hier weilenden Fremden auf Donnerstag den 17. d. Mts. wiederum anzusetzen, und zwar außerhalb des Donnerstag-Abonnements. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß der „Waltertraum“ 7 1/2 Uhr beginnt und präzise 10 1/4 Uhr zu Ende ist, sodas alle Anschlüsse mit der Bahn bequem zu erreichen sind.

**Segeberg.** Urnenfund. Beim Ausbau des Weges zwischen Nebensee und Schwiffel ist man in diesen Tagen auf einen Urnenfriedhof gestoßen. Es sind schon zahlreiche Urnen zutage gefördert worden, leider aber zerbrochen die meisten. Gestern gelang es, 8 Urnen ziemlich unbeschädigt zu heben. Die Urnen sind zahlreiche Schmuckgegenstände aus Eisen und Bronze gefunden worden. Der von dem Funde benachrichtigte Rüstos des Museums für vaterländische Altertümer in Kiel, Dr. Knorr, wird den weiteren Ausgrabungen betwohnen.

**Damburg.** Schiffszusammenstoß auf der Elbe. Der ausgehende deutsche Kohlendampfer „Shamrot“ kollidierte in der verflochtenen Nacht bei dichtem Nebel bei der Lüne mit dem einkommenden englischen Kohlendampfer „St. Vincent“. Letzterer wurde schwer beschädigt auf den Strand gesetzt, während der Dampfer „Shamrot“ sank.

**Damburg.** Aus der Bürgerschaft. In der letzten Sitzung kam der Senatsantrag zur Beratung, der Zoologischen Gesellschaft eine staatliche Beihilfe zu gewähren. Der Besuch des Zoologischen Gartens hat in der letzten

Zeit bedeutend nachgelassen, so daß die Finanzierung nicht mehr in der bisherigen Weise glatt vor sich ging. Es werden darum, daß der Garten nicht eingeeigelt für die Jahre 1908 und 1909 je 75 000 M. als Höchstbetrag zur Ausgleichung des Defizits vom Staat verlangt. Genosse Stengels betonte, daß seine Fraktion für den Senatsantrag sei, weil es sich um ein Bildungsinstitut ersten Ranges handle. Gerechtigkeit sei, daß der Redner der Vinten bereits die Staatsregie ins Auge gefaßt hätte, und demnach erscheine es möglich, daß über kurz oder lang doch das erreicht werde, was sein müßte, nämlich, daß der Zoologische Garten ein rein staatliches Institut werde. Der Senatsantrag wurde angenommen, gleichzeitig aber auch Niederlegung eines Ausschusses beschlossen, der prüfen soll, was fernerhin für den Zoologischen Garten zu geschehen habe. — Große Unterschlagungen. Berliner Abendblättern zufolge hat der Buchhalter Paul Jählsdorf, der am Berliner Bureau der Hamburg-Amerika-Linie der Kartenvorverkaufs-Abteilung vorstand, für fünfzehntausend Mark Fahrkarten unterschlagen. Der Verhaftete ist geständig, bestreitet aber den großen Umfang der Unterschlagungen.

**Lehe.** Ungehörliche Kurpfuschereien hat sich der Arbeiterkuziat, hier, zuzuschreiben kommen lassen. Das Maß vollgemacht hat eine Pferdcur, die er mit einem Lungenentzündungskranken Arbeiter vornahm, dem der Arzt immer noch ein paar Monate leidlichen Bestehens vorausgesagt hatte. Er verordnete ihm eine Packung mit heißen Ziegelsteinen und Einzereibung mit einer scharfen Salbe. Die Folge war ein enormer Schweißausbruch, 16stündiger Schlaf und Tod durch Verlagen des Herzens. Kuziat, der jetzt angeblich nach Amerika geflüchtet ist, hat vor etwa einem Jahre seine „Praxis“ hier aufgenommen, nachdem er fünf Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung hinter sich hatte. Die Leute strömten nur so zu ihm, und der Ruf des „Leher Wunderdoktors“ ging über die Grenzen unseres Ortes hinaus.

**Eiderstedt.** Großfeuer. Am Boerenbeich brannten die beiden von den Landleuten Jakobs und Carlens bewohnten Häuser nieder. Eine Kuh kam in den Flammen um.

**Güstrow.** Vom Schwurgericht. Wegen Meines eides hatte sich der Erziehungsgehilfe August Lammert aus Hannover zu verantworten. Lammert hat nach seinem eigenen Geständnis den Meineid in einer Verhandlung vor dem Amtsgericht in Rostock geleistet, die am 14. Mai 1904 stattfand. Der Angeklagte ist geständig; er hat das Geständnis bereits dem als Zeugen geladenen Pastor Dohlfers zu Hannover gemacht. Er würde es — so sagt der Angeklagte aus — schon früher getan haben, aber er habe es unterlassen, solange seine Mutter noch gelebt habe, um dieser keinen Kummer zu bereiten. Die Geschworenen bejahten die gestellte Schuldfrage. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre verurteilt. Auch wurde er für dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden. — Raubmordversuch. Der im Dorfe Weiß im Dienst befindliche 20 Jahre alte Schmitzer Sosznowski überfiel Donnerstag abend die in ihrer Wohnstube mit ihren beiden Kindern befindliche Frau des Wirtschneiters Kerstke, schlug sie nieder, indem er ihr mit einem Knüttel ungefähr 8 Schläge über den Kopf versetzte, und raubte 66 M. Hierauf eignete er sich das Rad des Wirtschneiters an und entfloh in der Richtung nach Güstrow. Der sofort benachrichtigten Gendarmerie gelang es, den Mann hier festzunehmen. Die Frau ist lebensgefährlich verletzt.

**Blumenthal bei Bremen.** Die Gendarmen in der Dunkelkammer. Es gibt in Preußen Polizeigewaltige, die es anscheinend nicht verschmerzen können, daß das neue Vereinsgesetz die Ueberwachungspraxis wesentlich eingeschränkt hat. Hin und wider versuchen denn auch über-eifrige Polizeibeamte, das ihnen für Gewerkschafts- oder Wahlvereinsversammlungen genommene Recht der Ueber-wachung dennoch auszuüben. Ein neuer Fall beachteter Veranlassungsüberwachung, der zugleich aber auch den Vor-zug hat, recht erheiternd zu wirken, ist aus Blumenthal (Hannover) zu berichten. Für Montag, 7. Dezember, war hier nach dem Hotel Union eine Betriebsversammlun-g aller in der Bremer Wollkämmerei zu Blumenthal beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anberaumt worden. Eine Überwachung dieser Versammlung durfte nicht aus-gesetzt werden. Im Tagungslokale selbst waren denn auch keine Polizeibeamte zu erblicken, ein Beweis, daß die Polizei sich nicht zur Überwachung dieser Versamm-lung befugt hielt. Aber auf andere Weise suchten zwei Gendarmen dem Geseh ein Schnippen zu schlagen. Kurz vor der Eröffnung der Versammlung bemerkte deren Einberufer, der Geschäfts-führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Genosse Grund, daß das Fenster eines neben dem Versammlungslokale ge-legenen Zimmers weit geöffnet war. Da schon oft be-obachtet wurde, daß von diesem Zimmer aus unbeeufene Personen Arbeiterversammlungen belauschten, so er-suchte der Einberufer den Lokalbesitzer, die Fenster des Zimmers für die Dauer der Versammlung zu schließen. Das geschah denn auch, aber nur für kurze Zeit. Die Fenster wurden wiederum, wenn auch nicht so weit wie vormals, ge-öffnet. Die erneute Fensteröffnung mußte natürlicherweise sehr verdächtig wirken. Um der Sache auf den Grund zu gehen, betrat der Einberufer das betreffende Zimmer, wo er zu seinem Erstaunen den Wächtermeister Kühne und noch einen Beamten in der Dunkelheit sitzend vorfand. Das war eine recht unangenehme Situation für die beiden Beamten. Nachdem die Verblüffung sich etwas gelegt hatte, ersuchte der Einberufer die Beamten in höflichem Tone, doch die Fenster zu schließen. Der Wächtermeister Kühne braute sofort auf und suchte dem Einberufer klarzumachen, daß er nichts im Zimmer zu suchen habe. Damit kam er aber an den Unrechten. Noch einmal wurde ihm die Ungefehrlich-keit seines Handelns vor Augen gehalten und dann ging er von dannen. Merkwürdig ist das Interesse, das die Be-amen durch die verfruchtete Belauschung an der Versamm-lung bekundeten. Die Vermutung, daß der Landräst ge-schickt haben könnte, erscheint nicht stichhaltig, denn sonst würden die Beamten nicht die Dunkelkammer als Auf-enthaltort gewählt, sondern im Versammlungslokale sich nie-dergelassen haben. Und eigenes, persönliches Interesse dürfte auch wohl schwerlich in Frage kommen. Oder sollten etwa die Beamten sich verplagt gefühlt haben, den Räumere-gewaltigen Mitteilung von den Ausführungen der Versamm-lungsredner machen zu müssen. Wie die Erfahrung bereits gelehrt hat, wäre auch das nicht unmöglich. Polizei und Unternehmertum Arm in Arm, das ist ein Bild, wie man es im heutigen Klassentaat recht oft zu sehen bekommt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schönsch. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.







## Zwei Lügenkalender.

Zurzeit werden vor allem in kleinen Orten zwei Kalender verteilt, von denen der eine, der sich „Sozialer Volkskalender auf das Jahr 1909“ nennt, aus der Stöcker'schen Verlagsanstalt in Berlin, Johannstraße 6, stammt, wogegen der andere, einfach „Volkskalender für das Jahr 1909“ betitelt, bei E. Schröder in Glas gedruckt und vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegeben ist. Wes Geistes Kind diese beiden Kalender sind, geht aus dem Inhalt hervor, der berart von Verleumdungen gegen die Arbeiterbestrebungen strotzt, daß eine eingehende Widerlegung ein Buch füllen würde.

Wir wollen zur Kennzeichnung dieser Art Sozialisten-tötung nur ganz wenige Beispiele anführen.

Dem Reichsverbandskalender haben es vor allem die Arbeiterorganisationen angetan. Da der Reichsverband vornehmlich vom Unternehmertum ausgeht, so betrachtet er es als seine wesentlichste Aufgabe, die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zu befeuern. Unter der Schlagmarke „Was nimmt die Sozialdemokratie dem Arbeiter ab?“ wird dem Arbeiter vorgeknipst, daß er für die vielen Beiträge, die ihm „abgepreßt“ werden, nichts erhalte, als ein Schock giftiger Hezreden und ein kleines Dugend falscher Prophezeiungen!

Im Grunde genommen muß man die armen Schächer bedauern, wenn sie glauben, daß sie mit ihrem Lügen-gewebe dem Arbeiter die Organisationspflichten vereiteln können. Die gewaltige Zunahme der Arbeiterorganisations zeigt, wie fruchtlos das in Dienste eines kurz-sichtigen und habgierigen Unternehmertums ausgeübte Verleumdungsgewerbe ist. Ferner haben selbst zahlreiche bürgerliche Sozialpolitiker den Kulturbestrebungen der Arbeiterorganisationen reiche Anerkennung gezollt. Erst vor kurzem hat ein evangelischer Geistlicher, G. Traub in Dortmund, in seinem Buche „Ethik und Kapitalismus“ (Heilbronn 1909, E. Salzer) im Hinblick auf die Unterstützungseinkünfte der Gewerkschaften gesagt:

„Wenn sie weiter nichts getan hätten, als dies, so müßte der Sozialistiker ihnen Dank wissen. Denn damit haben sie sich an das schwierige Problem herangewagt, vor dessen Kompliziertheit dem Staat noch graut. Die Erhaltung der Arbeitslosen bedeutet eine Kulturkatastrophe.“

Daß solchen sozialistenfeindlichen Zeugnissen gegenüber die Arbeiterorganisationen vom Reichsverband unausgesetzt verleumdet werden, zeugt für die Schlechtigkeit der von ihm verfochtenen Sache. Für wie unglaublich dumm der Reichsverbandskalender seine Leser aber hält, möge die Tatsache zeigen, daß der dem Unrecht der Dreiklassenwahl zum Trotz von der Sozialdemokratie errungene Wahlsieg bei den preussischen Landtagswahlen, der allen Gegnern verblüffend gekommen ist, hier in eine schmachvolle Niederlage umgelogen wird, da — man höre! — die Sozialdemokraten von 443 Sitzen ganze 7 erobert haben!

Heiterkeit wird es erwecken, daß der Reichsverbandskalender an derselben Stelle, wo er diese Niederlage der Sozialdemokratie entdekt, der Welt die Neuigkeit auf-tischt, daß Preußen auf der ganzen Welt vielleicht der am besten verwaltete Staat sei. In der Furcht aber, daß die Sozialdemokraten sich noch die Mühe nehmen könnten, derartige handgreifliche Albernheiten zu widerlegen, empfiehlt der Kalender, die sozialdemokratischen

Propheten, wenn sie sich auf dem Lande sehen lassen, „gleich zum Anfang hinauszuessen.“  
Ebenso kühn wie der Reichsverbandskalender spekuliert der Kalender der Stöcker'schen Gesellschaft auf den Unverstand der Massen. Um die Verlogenheit dieser durch besondere Frömmigkeit hervorragenden Kampf-garde zu kennzeichnen, geben wir eine sozialdemokratische Nordgeschichte aus dem Kalender wieder.

Im Köpenicker Forst wäre am 10. Mai 1908 ein junger Bahnarbeiter von einem Radfahrer „in unglaublich feiger und roher Weise erschossen“ worden. Die beiden Zeugen des Vorfalles hätten der Polizei angegeben, daß der Radler das Abzeichen des sozialdemokratischen Arbeiter-Radfahrerbundes getragen und seine Stulle in einer Nummer des „Vorwärts“ aufbewahrt habe. Der Vorsitzende des Radfahrerbundes habe der Polizei seine Unterstützung zugesagt. Der „Vorwärts“ habe jedoch alle diese für die Entdeckung des Mörders wichtigen Tatsachen unterschlagen.

An dieser frommen Schauergeschichte ist so ziemlich alles gefälscht. Zunächst ist richtig zu stellen, daß der „Vorwärts“ in Nr. 111 vom 13. Mai 1908 auch die Mitteilung über das Abzeichen und das Stullen-papier gebracht hat. Dann aber ist als Haupt-sache hervorzuheben, daß von einem Morde bei der ganzen traurigen Angelegenheit überhaupt nicht die Rede sein kann. Der hier als Mörder verleum-dete Radfahrer, ein Tischler namens Eugen Deska, hat sich im Gefühl seiner Schuldbiligkeit am 12. Mai 1908 freiwillig der Polizei gestellt und ist am 9. September 1908 in der vor der zweiten Ferien-strafkammer des Landgerichts II Berlin geführten Ver-handlung freigesprochen worden, weil sich hier die schon längst bekannt gewesene Tatsache bestätigte, daß der Angeklagte mit seiner Frau von dem Erschossenen, einem Bahnarbeiter, und dessen Begleitern im rohen Übermut angefallen worden waren. In der Notwehr gegen diesen Rohheitsakt geschah es dann, daß ein Schuß aus dem Revolver des Angeklagten losging und un-glücklicherweise den Bahnarbeiter traf. Alle diese Tat-sachen sind selbstverständlich auch den frommen Ver-fasser des Volkskalenders bekannt gewesen, da sämt-liche Berliner Zeitungen sie ausführlich mitgeteilt hatten.

Daß dennoch die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt wird, kennzeichnet die Gewissenlosigkeit und Verlogenheit jener frommen Gesellschaft, die sich gleich den Reichsverbänden dem Wahne hingibt, mit schmutzigen Mitteln den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufhalten zu können.

## Freiinn und Tabakbesteuerung.

Die Entscheidung darüber, ob durch eine Mehr-belastung des Tabaks Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos gemacht werden sollen, liegt in erster Linie in Händen des „Freiinn“; er wird deshalb auch die Hauptverantwortung gegenüber den Tabakarbeitern und dem gesamten Mittelstand in der Tabakindustrie zu tragen haben. Leider vermischen wir noch immer eine klare, be-stimmte Stellungnahme seitens der „freiinnigen Fraktions-gemeinschaft“; die Anzeichen deuten darauf hin, daß der „Freiinn“ in seiner Haltung äußerst schwankend gewor-den ist.

Erklärte doch schon Herr v. Payer bei der ersten Lesung, daß nach seiner Meinung „eine andere Form der Besteuerung“ wohl möglich sei.

Noch bedenklicher ist die Haltung der „Freiinnigen Zeitung“ zu der in Aussicht genommenen „anderen Form der Besteuerung“.

Am 3. Dezember brachte die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ einen sehr optimistischen Artikel über die Aus-sichten der von der Regierung vorgegeschlagenen Finanz-reform. In diesem Artikel wird betont, daß, mit Aus-nahme der Polen und Sozialdemokraten, beide Seiten des Hauses ihre Bereitwilligkeit erklärten, „die Massen-genußmittel, Branntwein, Bier, Tabak, unter Umständen auch Wein, zur Besteuerung heranzuziehen“, daß also „grundsätzliche Meinungsverschieden-heiten in der Kommission nicht mehr zu überbrücken“ seien. Auch das Zentrum werde sich in die „selbsterfindliche Notwendigkeit“ verkehrt sehen, den obenbezeichneten Konsumsteuern zuzustimmen.

Die „Freiinnige Ztg.“ macht ihren Lesern noch am gleichen Tage Mitteilung von dem Inhalt des Artikels der „N. N. Ztg.“, läßt aber sonderbarerweise den von uns oben angeführten hauptsächlichsten Teil fort. Aus diesem Schweigen muß leider geschlossen werden, daß die „Bereit-willigkeit“ des „Freiinn“, auch den Tabak höher zu be-steuern, schon feststeht.

Nun gibt es im Reichstage, außer der Sozialdemo-kratie, keine Partei, welche sich bisher mit so großer grundsätzlicher Entschiedenheit gegen jede Mehr-belastung des Tabaks gewandt hat, wie der Freiinn. Mit Unkenntnis der Verhältnisse in der Tabakindustrie, mit Unkenntnis über die schlimmen Folgen einer Mehr-belastung in irgend einer Form kann sich der Freiinn nicht entschuldigen.

Um dies noch einmal vor Eintritt in die Verhand-lungen der Kommission über die Tabakbesteuerung vor aller Welt zu konstatieren, lassen wir einige Auszüge aus den Reden freiinniger Abgeordneter aus den Jahren 1905/06 folgen:

Die grundsätzliche Stellungnahme des Freiinn zu den indirekten Steuern überhaupt und besonders zu der Tabaksteuer erklärte in der zehnten Sitzung am Dienstag, 12. Dezember 1905

Schrader: „Jeder Kopf in der Familie zahlt in-direkte Steuern, nicht etwa einmal, sondern vier- bis fünf-mal wird die Steuer gezahlt. Das weiß ja jeder, welche große Menge indirekter Steuern der Bevölkerung auferlegt ist, und da vergessen Sie nicht — und das soll die hohe Reichsregierung auch nicht vergessen —, es sind nicht bloß die Arbeiter, die davon betroffen werden, sondern das reicht viel weiter hinauf, besonders in unseren Beamten-klaffen. Die unteren Beamtenklaffen stehen um kein Haar besser, sondern schlechter als die Arbeiter in solchen Zeiten; denn es ist ihnen nicht wie den Arbeitern möglich, durch vermehrte Arbeit mehr zu verdienen. Sie bekommen ihr Gehalt wie bisher, und wir wissen ja auch in diesem hohen Hause, wie schwer es ist, die Gehälter durchweg zu erhöhen. Es handelt sich da um solche Summen, daß wir uns sehr besinnen müssen, ehe wir zu durchgreifenden Gehalts-erhöhungen kommen.“

Also, meine Herren, die Entlastung von direkten Steuern spielt im Vergleich zu der Belastung durch in-direkte Steuern gar keine Rolle (sehr richtig! links) und eben weil es so ist, so sind wir der Meinung, daß diese neuen indirekten Steuern abzulehnen sind, abzulehnen zu-mal in einem Augenblick, in welchem wir vor einer neuen Belastung stehen. Denn in derselben Zeit, in welcher nach der Idee der verbandeten Regierung die neuen Steuern in Wirksamkeit treten sollen, kommt ja bekanntlich auch der neue Zolltarif, der wieder eine Verteuerung gerade der notwendigsten Lebensmittel mit sich bringt. Also auf einmal werden jetzt zwei neue Lasten der Bevölkerung,

## Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(40. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Wie!“ dachte Seydel erstaunt, „den 20. Mai 1895 ist dieser Brief geschrieben worden, und schon am 10. Juni wurde die Unglückliche ermordet!“

Mit wachsender Spannung las er:

Lieber Alfred!

Es ist spät in der Nacht, und in der Einsamkeit um mich her ist mir, als hörte ich mein Herz hämmern, das mir zu zerpringen droht. In mir glüht ein Fieber, das mir das Blut durch die Adern jagt und das Hirn verbrennt. Ich muß Dir schreiben nach der furchtbaren Szene von gestern Abend. Ich kann es nicht vergessen, daß Du mir das Wort „Betrügerin“ ins Gesicht geschleudert hast. Gestern Abend konnte ich Dir nichts entgegnen, denn in Deiner entsetzten Wut hättest Du mich doch nicht angehört. O, dieser Zorn ist furchtbar! Nie hätte ich es für möglich gehalten, daß ein Mensch, ein Mensch, dem Besinnung und Besonnenheit gegeben ist, zum rasenden Tiere werden kann. Diese furchterliche Wut, Alfred, die bald ungerechtes Mißtrauen, bald namenloser Egoismus in Dir entfacht, hat mir die drei Jahre unserer — Gott sei's geklagt — heinnlichen Ehe verbittert; ich habe darunter gelitten, mehr als Du ahnst; in dieser Nacht fühle ich, Alfred, daß Du meine Liebe zu Dir aus meinem Herzen gerissen hast — Du — Du selbst, Stück für Stück. Und ich habe Dich geliebt! Ich habe Dich aus tieferer Seele geliebt, ich habe es Dir heiß gedacht, täglich von neuem, daß ich Dir angehörte, ich, die seit dem Tode meines Vaters keinen Menschen auf der Welt besaß, die haltlos und verlassen im Leben stand, bis Du mich an Dein Herz zogst. Ich habe Dir Deine Liebe so gedacht, daß ich in alles ein-willigte, was Du verlangtest. O, Alfred, glaubst Du, es hätte nicht manchmal an mir genagt, daß wir unsere Zusammen-gehörigkeit vor aller Welt verbergen mußten, daß Du mir liebtest mit versteckter Handschrift, daß Du nur verkleidest, mit entstellender Maske zu mir geschlichen kamst! Mein ganzes Innere häumte sich oft dagegen auf; — um Dir meine ganze innige Liebe, meine Dank-barkeit zu beweisen, ertrug ich die Schwere Deines Verlangens und hoffte — hoffte — hoffte, als zur Verzweiflung,

daß Du mir eines Tages verkünden würdest: wir dürfen nun unsere Ehe frei offenbaren!

„Und dennoch hätte ich Geduld gehabt, solange Du es verlangtest, wenn Du mich in Deinen wilden Ausbrüchen nicht mit Füßen getreten hättest. Als ich Richard Bruns wieder sah, — wer wird es mir verdenken können, daß mich dieses Wiedersehen aufs tiefste bewegte! Richard Bruns, — der Freund meiner Jugend, der im Hause meines Vaters eine furchtbare Leidenszeit durchlebte! Ja, ich betenne es Dir heute, Alfred, — damals, als halbes Kind noch, liebte ich ihn schwärmerisch, sah ich zu ihm auf mit scheu er-bebender Seele. Und als ich ihn nach langen Jahren wieder sah, — Alfred, ich schwöre es Dir, hätte ich Deine Liebe gefühlt, wie in der ersten Zeit unserer Ehe. Hätte nicht die Entremdung unsere Herzen schon langsam auseinander-zureißen begonnen, — nie, — niemals wäre Richard Bruns wieder verhängnisvoll für mein Inneres geworden! Aber in der Verzweiflung, die mich nach Deinen wilden Szenen oft erfüllte, nahm ich meine Zuflucht zu ihm, suchte ich meinen inneren Frieden bei ihm; in seinem Atelier, bei seinen Schöpfungen, bei seiner Arbeit, da konnte ich vergessen, — vergessen! Nie habe ich ihm unser Verhältnis verraten, nie ist zwischen uns von Liebe die Rede ge-wesen; denn er, — ach, — er hat mir nie ein anderes Ge-fühl als Freundschaft entgegengebracht; nur Ruhe fand ich bei ihm und Trost.“

Hier war der Brief zu Ende, zu Seydels Enttäuschung; es schien ihm, als hätte er dieser Stelle die Wut der Eifersucht den Gatten Marias erfaßt, und er die nächsten Zeilen zerrissen, denn der Bogen war zertrütert ge-wesen.

Nun folgte kein Brief mehr. Nur die beschriebenen Bogen waren noch da, die auf Gläubig's Schreibpulte ge-funden worden waren. Diese erhielten dem Staatsanwalt das letzte Dunkel, das die tragischen Ereignisse noch um-hüllte.

„Das Ende meines Lebens“ — so begann das nach-folgende Bekenntnis des Mörders — „meines verfehlten Lebens ist nun nicht mehr fern. Es muß ein Ende haben, — sei es nun, daß ich unter dem Beil des Henters falle, oder daß ich selbst mir den Tod gebe. Seit dieses Mädchens zu mir ins Zimmer trat, dieses kluge Mädchen, das für die Unschuld seines Geliebten kämpft, da mußte ich, daß mein Bekenntnis verraten, daß ich verloren war, für wen und

weil ich diesen Blättern mein Schicksal und meine Schuld anvertraue? Um der Welt eine Rechtfertigung zu hinterlassen? Das würde mir schwerlich gelingen! Nein, um mir selbst die drückenden Lasten von der Seele zu wälzen, die mich hier oben in der Enge meiner vier Wände zu zermalmen drohen. Und ich habe niemand, zu dessen Füßen ich nieder-sinken, zu dem ich aufschreien könnte: „Hilf mir, hilf meiner jammervollen Seele!“ Ja, im Angesicht des Todes, — des Verichtes, da naht sich das Grausen, da erwachen die Furien des Gewissens. Ich wage nicht mehr, den Fuß über die Schwelle zu setzen, ich fürchte mich vor den Blicken der Menschen, fürchte mich vor dem Tages-licht und vor der endlosen, entsetzlichen, verzweiflungsvollen Nacht.“

„Ja, ich, — ich habe meine Gattin Maria Seladtka ermordet. Ich habe es getan aus mitterer Eifersucht, ich habe es getan, weil ich von ihr, die ich glühend liebte, keinen Betrug ertragen hätte. Und ich argwöhnte, daß sie mich betrog. Ich ahnte, daß sie diesen Richard Bruns besuchte, daß er ihr gefährlich war. Endlich gestand sie mir selbst, daß sie zu ihm ging. Seitdem war es, als tobten in mir die Geister der Hölle.“

„Eines Tages, — es war Ende Mai, — erfuhr ich, daß er sie malte, — sie selbst sagte es mir, völlig unbefangen. Ich kannte mich nicht mehr in meiner Majeret, ich haßte sie, haßte ihn, der schuld an allem trug, wie ich glaubte. Und endlich, — am zehnten Juni war's, — da raunte mir die Stimme der Eifersucht, des Mißtrauens zu; sie ist wieder im Atelier des Malers! Ich hatte draußen in Schöneberg in der Gärtnerei der Witwe Schneider zu tun gehabt. In meiner wahninnigen Erbitterung, die seit Monaten in mir gährte, ergriff ich jede Gelegenheit, den marternden Gedanken zu entfliehen. In dem Hause, wo ich wegen eines Gartengrundstückes ver-handeln mußte, war ein wunderschönes, verführerisches Mädchen. Sie glich ein wenig Maria. Ich fand bei ihr, was ich suchte: Zerstreuung, — augenblickliche Betäubung. Was kümmerte es mich, daß sie meinen betörenden Worten Glauben schenkte? Ich wurde betrogen. — Betrogen von der einzigen, die ich sinnlos liebte, — ihr Geschlecht mochte da-für büßen. Am 10. Juni also, nachmittags, schenkte mir das Mädchen eine weiße Nelke von einem seltenen Stocke. Ich steckte die Blume ins Knopfloch, dachte aber im Laufe des Tages nicht weiter daran. Von einer unbestimmten Angst,



und zwar der ärmeren Bevölkerung an den Kopf geworfen. Das können wir nicht zulassen, dagegen müssen wir uns wehren, und wir werden die Mittel auf eine andere Weise zu decken suchen müssen."

Diese grundsätzlichen Ausführungen des Abgeordneten Schrader wurden von allen Rednern der Freisinnigen unterstützt und lassen wir nunmehr die Ausführungen derselben über die Tabakbesteuerung im besonderen folgen.

Dr. Pachnacke (16. Sitzung, den 10. Juni 1906): "Sehe weitere Erhöhung des Tabakzollens bedeutet eine weitere Begünstigung der süddeutschen Staaten auf Kosten der norddeutschen. Der Fabrikant müßte deutsches Kraut verwenden, wenn ein höherer Zoll erhoben wird, und er könnte dies am vorteilhaftesten nur da tun, wo der meiste von ihm bevorzugte Tabak wächst, nämlich in Süddeutschland. Das aber würde bedeuten, daß von Westfalen, Hannover, vom Eichsfelde her eine Verschiebung der Tabakfabrikation stattfindet nach dem Süden, und daß in diesen Gegenden sehr viel Schaden angerichtet würde."

Außerdem machen wir für unsere Seite noch besonders geltend: Die Erhöhung der Steuer verteuert das Produkt, die Verteuerung zieht eine Verbrauchsverminderung nach sich und diese wieder einen Rückgang der Produktion. Meine Herren, es handelt sich nun aber um etwa 200 000 Arbeiter, dazu kommen deren Familien, dazu kommen noch die Arbeitskräfte, die in den Hilfsberufen beschäftigt sind. Hiervon würden Tausende außer Lohn und Brot gesetzt, wenn die Produktionsverminderung eintritt. Nun gibt die Regierung selber zu, daß die Arbeiter der Tabak-Industrie meist viel zu schwach sind, um in eine andere Industrie übergehen zu können. Abgesehen von der Beschäftigungslosigkeit, die auf der einen Seite eintreten würde, würde für diejenigen, welche beschäftigt bleiben, ein Rückgang der Löhne in Betracht kommen, und dieser Rückgang würde besonders darum so empfindlich sein, weil die meisten der Tabakarbeiter ohnedies bereits schlecht gestellt sind (sehr richtig! links), wenigstens nicht so gut gestellt sind wie viele andere Arbeiterkategorien. Gerade in den 5- und 6-Pfg.-Zigaretten ist der Verbrauch überaus empfindlich. Die Herstellung der 5-Pfg.-Zigaretten bildet das Fundament der Tabakfabrikation; die 5- und 6-Pfg.-Zigaretten zusammen gerechnet machen ungefähr 90 Prozent des gesamten Konsums aus. Eine Verteuerung müßte sich also in bedenklicher Weise fühlbar machen."

Zum Schluß gibt Dr. Pachnacke noch seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Regierung keine Tabakfabriksteuer und keine Wertsteuer vorgeschlagen habe.

Gegen eine Verteuerung des Tabaks nach dem Werte, wendet sich Dr. Pachnacke in längeren, trefflichen Ausführungen und betont namentlich, daß diese wegen der schwierigen Kontrolle undurchführbar sei.

Von der "Freisinnigen Vereinigung" sprach zum Schluß der ersten Sitzung am 13. Januar 1906 dann noch der Abgeordnete Götze, der nur deshalb auf die Tabaksteuer nicht mehr eingegangen für nötig erklärt, weil diese doch schon ein "vollständiger Teufel" sei.

Die Redner der "Freisinnigen Volkspartei" äußerten sich wie folgt:

Dr. Müller-Sagan (8. Sitzung, Sonnabend, den 9. Dezember 1905): "Sie sehen ja an der Tabakindustrie, was einem wirtschaftlich schon ungünstig dastehenden Gewerbe von Reichs wegen zugemutet werden kann. Die Zigarettenindustrie Norddeutschlands hat jetzt schon unter der Konkurrenz Süddeutschlands schwer zu leiden. Mir ist gesagt worden, daß in Süddeutschland das Milie für 16 Mk. geliefert werden kann, welches in Norddeutschland für 23 bis 24 Mk. nicht herzustellen ist. Wenn nun noch ein erhöhter Zoll auf das ausländische Rohmaterial gelegt würde, so würden namentlich die kleineren Fabrikannten Norddeutschlands zugrunde gehen, so würden Tausende und aber Tausende von Arbeitern der

von brennender Sehnsucht und Pein gequält, irte ich draußen vor der Stadt umher, bis es Abend wurde; dann ging ich nach der Karlsstraße, wo Maria wohnte."

Ich stürzte die Treppen hinauf, — meine Furcht hatte mich nicht getäuscht: Maria war fort. Wie ein Blitz zuckte es durch mein Hirn: sie ist bei Richard Bruns! Ich rannte die Treppen wieder hinunter, eilte in meine Wohnung, warf mich in meinem Zimmer in einen Sessel und zermarterte mein brennendes Hirn mit dem, was ich ihr jagen wollte, — fortwährend, — fortwährend, bis meine Gedanken sich verirrten, bis ich fühlte, daß der Wahnsinn der Leidenschaft mich wieder zu erfaßten drohte. Endlich hielt ich es nicht mehr aus. Jemand etwas mit: ich bin; dieser Zustand tatenlos auf qualvollen Warten auf den Augenblick, wo ich meine Wut befriedigen konnte, war nicht mehr zu ertragen. Blöchtig schoß ein Gedanke durch meinen Kopf, der mich so heftig erregte, daß ich aufsprang, um ihn sofort zur Tat zu machen: ich wollte sie überraschen! überraschen bei ihm, und dann, — weiter dachte ich noch nicht."

Es war bald neun Uhr abends, als ich diesen Plan sagte. Während vor Aufregung räuferte ich mich zu dem Gange, den ich mir vorgenommen hatte. Aus einem unbestimmten Antrieb, über den ich mir selbst nicht klar wurde, machte ich mir einen Vollbart vor's Gesicht, den ich beauftragte, wenn ich zu meiner Gattin ging; niemals hätte mich jemand unter diesem Barbe für den gehalten, der ich war; auch tat ein breiträndiger Hut, den ich für gewöhnlich nie trug, das übrige, um mich unkenntlich zu machen. Kurz nach neun Uhr stand ich vor dem Hause, wo Bruns wohnte. Ich besuchte ihn öfter, — nicht aus Freundschaft, sondern von dem beständigen Argwohn gerieben, meine Gattin bei ihm zu begegnen. Ich hatte mir angewöhnt, vom Garten aus über die Veranda bei ihm einzutreten, weil ich ihn so zuerst von draußen beobachten konnte; den Weg nahm ich auch diesmal; das Fenster des Gartenzimmers war geöffnet, — ich schaute hinein, — meine Gattin lag dort, völlig versunken in Gedanken und wahrscheinlich auf ihn wartend, — denn ihn sah ich nicht. Ohne mich zu besinnen, war getrieben von meiner löblichen Eifersucht, stieg ich ins Fenster. Mit einem Schrei schrak sie zusammen und floh vom Stuhle auf. Angstbeben stand sie mir gegenüber. Die dämliche Verteuerung, die das Zimmer erfüllte, umfloß ihre weißgeleitete Gestalt, ihren lichtblonden Kopf mit einem seltsam magischen Zauber. Ich liebte, — ich haßte sie glühend."

"Was willst du hier?" rief ich heraus, leuchtend, mit zuckenden Lippen."

"Ich warte auf Richard Bruns' Rückkehr," antwortete sie kalt."

(Schluß folgt.)

Zigarettenindustrie brotlos werden, und das gilt insbesondere von den ärmsten Gegenden im deutschen Vaterlande, vom Eichsfeld, wo die Arbeiter sich schon aus der Weiberei geflüchtet haben in die Zigarettenindustrie, und nun wieder — diesmal von Reichs wegen — aus ihrem Erwerb herausgedrängt werden sollen. Meine Herren, übersehen Sie doch nicht, daß gerade in der Zigarettenindustrie vielfach schwächliche, kränkliche Arbeiter beschäftigt sind, die in einer anderen Industrie gar keine Verwendung mehr finden können; vergeblich Sie auch nicht, daß die Hunderttausende von Arbeitern, brotlos geworden in der Zigarettenindustrie, überflüssigen müssen in andere Gewerbe und dort als Lohnbrücker wirken werden, nicht in der Landwirtschaft, denn dazu sind sie zum größten Teil körperlich untauglich. Das ist eine Misere, eine wirkliche Misere, vor der ich Sie die Augen nicht zu verschließen bitte."

Dr. Wiemer (16. Sitzung, Mittwoch, den 10. Januar 1906): "Meine Herren! Die gleichen Bedenken sind gegen die Tabaksteuer geltend zu machen. Auch hier nur wenige Worte, um gewissermaßen den Grundgedanken zu charakterisieren. Auch diese Erhöhung der Tabakbesteuerung steht in scharfem Widerspruch zu der proklamierten Schonung der schwächeren Schultern. (Sehr richtig! links.) Davon ist sehr viel die Rede, danach wird aber in der Regierungsvorlage nicht gehandelt. Am schärfsten werden die billigen Tabaksorten getroffen, die weitaus den größten Teil des ganzen Verbrauchs bilden. Man fragt heute nicht nach dem Interesse der Konsumenten, maßgebend ist in der Regel das Interesse der Produktion. Aber gerade bei der Tabakbesteuerung wird die Produktion mit am schärfsten getroffen: die Fabrikation in einer großen Zahl von kleinen und mittleren Betrieben, zahlreiche Händler im Tabakgewerbe, viele Tausende von Arbeitern, die in der Industrie beschäftigt sind und mit ihren Angehörigen vor schwere Gefahren, zum Teil vor Existenzvernichtung, gestellt werden, wenn wirklich diese enormen Steuererhöhungen kommen. Dabei tritt noch eine Erscheinung auf, die wir bei wirtschaftlichen Experimenten in neuerer Zeit wiederholt zu beobachten haben; es ergibt sich indirekt aus dieser Tabakbesteuerung wieder eine Begünstigung der Großfabrikation (Sehr richtig! links) und eine Benachteiligung der mittleren und kleinen Gewerbe. Wenn der Zoll von 85 auf 125 Mk., also um 50 Proz. gesteigert wird, so muß auch das Betriebskapital des einzelnen Fabrikanten entsprechend erhöht werden. Das wird sehr schwierig sein für die kleineren und mittleren Fabrikannten, weniger schwierig für die Großfabrikannten. Die ersteren werden sich genötigt sehen zu Einschränkungen ihres Betriebes und zu einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit, während die Konkurrenzfähigkeit der Großfabrikannten dadurch gestärkt werden wird. (Sehr richtig! links.)"

Barbeck (17. Sitzung, Donnerstag, 11. Januar 1906): "Mehr noch als beim Bier treten beim Tabak geschäftliche Rücksichten in den Vordergrund. Von den Arbeitern und den Mittelbetrieben kommen uns Nachrichten, die uns mit Ernst und Überzeugung dartun, daß eine neue Steuer geradezu eine mordende für die mittleren Industrien wird. Und auch die Arbeiter sehen sich mit Recht ganz gewaltig bedroht; sie fühlen, daß nach dieser Seite eine Verringerung oder Konzentration der Produktion eintreten wird, und es ist doppelt unerfreulich, diese eintreten zu sehen, da eine große Anzahl von nicht kräftigen körperlichen Existenzen in der Tabakindustrie beschäftigt ist."

Und nun zum Schluß Herr v. Payer, dessen damalige Rede in merkwürdigem Kontrast steht zu seinen jüngsten Ausführungen über eine "andere Form der Tabakbesteuerung" am 23. November 1908.

Payer (11. Sitzung, Mittwoch, 13. Dezember 1905): "Ganz ähnlich, meine Herren, sieht es mit der Tabak- und mit der Zigarettensteuer aus. Auch gegen diese sprechen grundsätzliche Bedenken aller Art, die ich hier nicht zu wiederholen brauche. Ich nehme an, Sie werden genügend stark sein, namentlich, wenn auch hier die Haltung des Zentrums so vielverheißend bleiben wird, wie mir jetzt annehmen dürfen. Ich fürchte, dann wird der preussische Herr Finanzminister in die Lage kommen, den Obolus, den er persönlich so gern aus edlem Patriotismus auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt hätte, für seine Person behalten zu müssen, und das ist sehr bedauerlich, denn den preussischen Herrn Finanzminister rechne ich, weil er preussischer Finanzminister ist, immer noch zu den leistungsfähigen Schultern, jedenfalls mehr als diejenigen, welche in den Konsumenten der Fünfpennig-Zigaretten und der Zigarette zu ein und zwei Pfennigen von den verbündeten Regierungen aufgegriffen worden sind. Alle diese Steuern scheinen mir schon deshalb unannehmbar, weil sie entgegen unserer früheren Annahme und entgegen unserer früheren Auffassung — das hat der Abgeordnete Gröber Ihnen auseinandergesetzt — eben auf nichts anderes hinausgehen, als auf eine Belastung des Konsums der großen Massen. Mir scheint es dabei ein höchst müßiger Streit zu sein, ob man dabei annehmen will, sie seien auf notwendige Nahrungsmittel gelegt oder auf Genussmittel. Auch bei dem kleinen Manne gehört ein gewisser bescheidener Genuß zum Leben. (Sehr richtig links.)"

Angeichts dieser vor kaum drei Jahren im Deutschen Reichstage abgegebenen grundsätzlichen Erklärungen der obigen Redner aller freisinnigen Parteien, stehen jetzt Tausende von so schon ausgehungerten Arbeitern und alle kleinen und mittleren Interessenten der Tabakindustrie mit schwerer Sorge vor der Frage: Wie werden diese Männer heute als Menschen und als Vertreter der "Volkswirtschaften" die Ehre wahren?!

## Soziales und Parteileben.

Zum Weihnachts-Heiligabend ausgeperrt! Der Untertanenterrorismus treibt immer tollere Blüten. Die Direktion der Steingutfabrik Akt.-Ges. Golditz in Sachsen führt seit Monaten einen systematischen Kampf zur Vernichtung der Arbeiterorganisation. Der mit Hilfe von gelben Gewerkschaften geführte Kampf hatte bisher keinen Erfolg und scheiterte am solidarischen Handeln der Arbeiter. Nun hat die Direktion zu einem raffinierten Hauptstreich ausgeholt. Sämtliche organisierten Arbeiter

haben die Kündigung erhalten und hat es der christliche Direktor Zehe veranlaßt, daß die Leute am Weihnachts-Abend des Weihnachtsfestes den Betrieb verlassen müssen. Darunter befinden sich Arbeiter, die 20 und mehr Jahre ihre Kraft und Gesundheit der Firma geopfert haben; ferner auch Leute, welche die Direktion erst in letzter Zeit unter allerlei Versprechungen nach Golditz gelockt hat, um mit ihrer Hilfe die Organisation zu vernichten. Die Organisation der Porzellanarbeiter hat über die Fabrik die Sperre verhängt und werden die Arbeiter dieses Berufes dringend ersucht, Solidarität zu üben, da der von der Direktion in so brutaler Weise aufgezwungene Kampf mit aller Energie ausgefochten werden wird."

Eine Arbeitslosen-Debatte im Chemnitzer Stadtparlament. In der letzten Stadtverordnetenversammlung zeigte sich der Klassencharakter des Stadtparlamentes in ausgeprägtester Form. Auf der Tagesordnung standen u. a. folgende zwei Punkte: Erhöhung der Lehrergehälter und Bewilligung von 30 000 Mk. für Notstandsarbeiten. Solange die Gehaltserhöhung für die Lehrer, die die Stadt mit 271 000 Mk. belasten, verhandelt wurde, waren die bürgerlichen Stadtverordneten voller Aufmerksamkeit und voller Interesse. Dies änderte sich jedoch sofort, als die Bewilligung von 30 000 Mk. für Notstandsarbeiten in Frage kam. Viele der bürgerlichen Stadträte gingen hinaus, und die zurückgebliebenen unterhielten sich so laut, daß es selbst dem Vorsitzenden zu bunt wurde, so daß er um Ruhe bitten mußte. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Landgraf, Langer, Straube und Riemann verlangten schleunigste Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. Langer kritisierte scharf, daß für die Notstandsarbeiten nur 25 Pfg. Stundenlohn festgelegt worden sind. Dann fragte Genosse Strauber den Rat, wie es komme, daß ein städtischer Auftrag von 30 000 Mk. nach auswärts gegeben werde, während doch in Chemnitz eine leistungsfähige Firma und auch genügend Arbeitslose vorhanden wären. Eine Antwort bekam er jedoch nicht. Weiter wurde von unseren Genossen die Korrosivität bei den Lohnpfordrungen gerügt. Die ganze Debatte wurde zu einer wichtigen Anklage gegen die wenig sozialen Tendenzen des Rats. Die 30 000 Mk. wurden vorläufig bewilligt; wenn mehr gebraucht wird, soll mehr bewilligt werden."

Zum Kapitel Keutenot auf dem Lande. Wie den Dienstboten das Dienen auf dem Lande verleidet werden kann, das zeigt eine Schöffengerichtsverhandlung in Weismar. Ein Dienstmädchen war von ihrem ehemaligen Dienstherrn, dem Bauer Nagel aus Ballstedt, des Diebstahls angeklagt. Sie hatte einen vorjährigen Taschenschnurplan einer Zeitung, die gratis geliefert worden, sich angeeignet. Der Bauer sagte: "gestohlen". Der Vorsitzende und Vertreter der Staatsanwaltschaft gaben ganz offen zu, daß es stark sei, wegen so einer Lappalie das Gericht in Anspruch zu nehmen. Mit Rücksicht auf das völlig wertlose Objekt wurde auf kostenlose Freisprechung erkannt. Richtiger wäre es, solche Lumpereien würden garnicht erst angenommen. — Von dem Rittergute Großbörsen bei Borna wird dem "Leipziger Tagelatt" geschrieben: Als der auf dem hiesigen Rittergute bedienstete Knecht Mähold am Sonntag früh erwachte, bemerkte er in seinem Schlafraum ein eigenartiges Geräusch. Noch ehe er über die Ursache nachdenken konnte, lag er schon unten, einen Stock tiefer, in Schweineestall. Er war mit samt seinem Bette durch die Decke gebrochen. Außer einer Verletzung am linken Ohr und linken Auge hat der Mann keinen nennenswerten Schaden davongetragen. Schlechter aber ist der "Durchfall" den Schweinen bekommen, denn zwei haben auf der Stelle, wahrscheinlich durch Ersticken, den Tod gefunden, und das dritte mußte geschlachtet werden. Der Verletzte wurde dem Stadtfrankenhaus in Borna übergeben."

Tarifvertragspolitik im Baugewerbe. Aus der letzten Vorstandssitzung des "Deutschen Arbeitgeber-Bundes" für das Baugewerbe in Berlin wird berichtet: "Auf eine besondere Anregung hin beschloß der Vorstand, eine Änderung des Programms in bezug auf den Abschluß künftiger Tarifverträge im Baugewerbe nicht eintreten zu lassen. Er legt darauf Gewicht zu erklären, daß der "Deutsche Arbeitgeberbund" für das Baugewerbe" an der von ihm eingeschlagenen Tarifvertragspolitik im Interesse einer möglichst dauernden Wahrung des sozialen Friedens im deutschen Baugewerbe unter allen Umständen festhalten wird."

Ein Opfer der schwarzen Listen. Durch die schwarzen Listen der Grubenherren zur Verzweiflung und in den Tod getrieben wurde der Bergmann Wladislaus Sobierski aus Schüren. Der Mann hatte auf Zeche "Margarethe" gearbeitet, war aber von dort abgekehrt, worauf er auf die schwarze Liste gesetzt wurde und nirgends mehr Arbeit finden konnte. Ansonst lief er verzweifelt von einer Zeche zur anderen. Zuletzt hatte er Arbeit auf Zeche "Freie Vögel" und Unverhofft gefunden, aber auch dort wurde ihm gesagt, daß man ihn entlassen müsse; er müsse wieder auf Zeche "Margarethe" anfangen. Dort hat Sobierski auch wiederholt um Arbeit angefragt, er wurde aber stets abgewiesen mit der Motivierung, der Direktor oder der Betriebsführer seien nicht zu sprechen. Am 1. Dezember sollte er auf "Freie Vögel" und Unverhofft seine Entlassung erhalten. Das trieb ihn vollends zur Verzweiflung und so hat er sich, bevor noch dieser Termin herangerückt war, erschossen. Am 1. Dezember gaben ihm seine Kameraden von der Zahlstelle Schüren das letzte Geleit. Fern von seiner Heimat in Polen und seinen dortigen Lieben, schläft er nun den Schlaf, von dem es kein Erwachen mehr gibt. Ein Opfer des brutalen und schamlosen Terrorismus der Grubenherren."

Eine Fahrtschule tritt am 1. Januar in Frankfurt am Main ins Leben. Es mag aus diesem Anlaß erwähnt werden, daß die erste Anregung zur Schaffung einer solchen Schule von Arbeitern ausging. Und zwar geschah dies auf dem Kongreß des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes 1904. Der Kongreß forderte damals: 1. Die Errichtung und Unterhaltung von Fahr- und Fachschulen aus allgemeinen Staats- und kommunalen Mitteln in Orten resp. Kommunalverbänden mit mehr als 20 000 Einwohnern zur Heranbildung eines geschulten, zuverlässigen Fahrpersonals. 2. Stellung der Fahrtschulen unter eine fachmännisch paritätische Kontrollkommission, welche sich aus Vertretern der Kommune, sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Berufs zu gleichen Teilen zusammensetzt. Das Lehrpersonal ist aus den Reihen der praktisch tätigen Angehörigen des Berufs (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zu entnehmen. 3. Nur in Fahrtschulen ausgebildete und von der Prüfungskommission dieser mit einem Ausweis über ihre Befähigung zum Fahrdienst versehene Personen dürfen zur Leitung von Fahrzeugen zugelassen werden. Diejenigen Personen, welche bei Inkrafttreten der Fahr- und Fachschulen bereits ein Fahrpraktikum im Beruf tätig waren, sind von der Prüfung durch die Fahrtschule entbunden. Die verkehrspolitischen Organe haben darüber zu wachen, daß alle Lenker von Fahrzeugen sich im Besitz des vorbezeichneten Ausweises befinden. — Auch die neue Frankfurter Fahrtschule hat ihre Entstehung der intensiven Agitation der Gauleitung des Transportarbeiter-Verbandes zu verdanken. Sie wird ja die Unfälle nicht ganz und gar vermindern, aber doch sichere Fahrer schaffen und dadurch die Unfallgefahr mindern."



Zu rügen ist, daß man in der Verwaltung der Frankfurter Fahrschule den Arbeitern keine Vertretung eingeräumt hat.

**Folgen der Krise.** Auf dem Kalibergwerk Golligen bei Frankenhäusen wurde wegen der unglücklichen Geschäftslage 70 dort beschäftigten Arbeiter eingestellt. Da die Betroffenen in ihrer Mehrzahl nicht organisiert sind, trifft sie die Kündigung doppelt schwer.

**Aus der Glasindustrie.** Ein schwerer Kampf droht in der Glasindustrie auszubrechen. In Weißwasser ist den Arbeitern in fünf Glasfabriken für Beleuchtungsartikel von den Unternehmern der Tarif zum Ablauf dieses Jahres getündigt worden. Die Unternehmer verlangten den Abschluß eines neuen Tarifs, wonach eine Lohnreduktion von fünfzehn Prozent und eine Verlängerung der Arbeitszeit von neun auf zehn Stunden erfolgen soll. Verhandlungen, die der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes mit den Unternehmern führte, hatten zur Folge, daß letztere die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit fallen ließen und eine Lohnreduktion von durchschnittlich 7 1/2 Prozent forderten. Gegen die Arbeiter nicht darauf ein, dann soll Sonnabend, den 12. Dezember cr., sämtlichen Arbeitern gekündigt werden. Die Arbeiter sind nicht gesonnen, in die erhebliche Lohnreduktion zu willigen. Der Kampf scheint demnach nicht zu umgehen zu sein. Zu Betracht kommen circa 700 Arbeiter.

**Die kämpfenden Sozialdemokraten.** Die Frankfurter Halbmonatsschrift „Das freie Wort“ liebt es, sich das Hirn zu geben, als ob sie für Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens einträte, und stolz verkündet sie auch diese Absicht als Untertitel auf ihrem Titelblatt. Daß es in seinen Artikeln häufiger den fulminantesten Rückschritt verkörpert, das kommt dem „Freien Wort“ nicht zum Bewußtsein. „Klassenmoral“ überschreibt Herr Victor Noack einen solchen Artikel im ersten Dezemberheft, und aus dem Handgelenk heraus teilt er darin mit gewandter Kühnheit die Sozialdemokraten in zwei Gruppen, die Dummen und die Klugen. Zu den Dummen rechnet er die Bebel, Singer, Kautsky und „ungeheure Massen“, die hinter ihnen stehen, und die Klugen sind die Revisionisten, deren Überlegenheit der Intelligenz über die physische Überlegenheit der anderen siegen wird. Mit Prophetenweisheit verkündet Herr Victor Noack, daß die ersteren so sicher unterliegen werden, wie der Kolos Rusland dem kleinen Japan unterliegen mußte. Erschreckende Verleumdung der Moral, Gesinnungsschnüffelerei, Heuchelei, Denunziantentum, Mißtrauen sind die heroischen Eigenschaften, die nach Herrn Victor Noacks Meinung sich bei diesem Kampfe der Dummen und der Klugen entfalten werden. Die besondere Schale seiner Anklageepistel giebt er alsdann aus über die Berliner „Karte Akademie“, die „Unteroffizierschule der Kadetten“, in denen nach seiner wertigen Ansicht das selbständige wissenschaftliche Denken systematisch unterdrückt wird und ein Unteroffizierskorps ausgebildet wird, das nach Genossen, die revisionistisch angehaucht sind, zu schmüßeln hat.

Die sozialdemokratischen Redaktoren, heißt es dann weiter, sürchten kaum etwas mehr als einen Konflikt mit dem Berliner Pressebureau oder dem Zentralvorstand. Man liebt eben sein Brot, man fürchtet den Jammer der Existenzlosigkeit. Die marxistische Parteizensur ist preussischer als preussisch. Man dressiert seinen Beamtenstab mit Zuckerbrot und Peitsche. Die geistige Unfreiheit, der Gesinnungszwang, ist in der radikal-sozialdemokratischen Presse viel drückender als in der bürgerlichen. Ein bürgerlicher Journalist darf seinem Chef schon einmal „den Kram vor die Füße werfen“. In dem gewaltigen Revier des bürgerlichen Pressewaldes findet er bald wieder einen Unterschlupf.

Diese Ansicht zeugt so recht deutlich davon, daß Herr Noack von den tatsächlichen Verhältnissen in der sozialdemokratischen Presse auch nicht die allergeringste Ahnung hat. Sein Urteil über bürgerliche Journalisten, denen er näher steht und die er deshalb auch wohl besser kennt, trifft schon eher zu. So hat er sicher recht, wenn er meint, daß ein nicht parierender bürgerlicher Journalist bald wieder anderswo im großen bürgerlichen Pressewald einen Unterschlupf findet. Dafür ist er eher ein bürgerlicher Journalist, der bald so, bald so kann, wie es eben sein jeweiliger kapitalistischer Zeitungsunternehmer von ihm verlangt.

Es lohnt sich nicht, auf die weiteren krausen Auslassungen über den „Parteisubstitut“, der darauf ausgeht, die Gehirne der Parteigenossen mit Alkoholika zu verdrängen, einzugehen. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, wie unsinnig diese Auslassungen sind. Nur die schwungvollen, kühnen Behauptungen, die Herr Victor Noack am Schluß seiner Epistela in die Welt setzt, wollen wir zur Erheiterung unserer Leser noch mitteilen:

„Es ist in der Tat so; man nimmt innerhalb der Sozialdemokratie am allerwenigsten Rücksicht auf die sozialen Forderungen der Ethik.“

Man ist verlassen von allen ethischen Idealen, der Kampf um die wirtschaftliche und politische Existenz wird innerhalb der Sozialdemokratie mit einem rohen Egoismus geführt.

Es fällt auf die geistigen Führer der Sozialdemokratie als eine schwere Schuld, daß der „Masse“ der Begriff Ethik fremd geblieben ist.

Was braucht man Ethik, man hat ja seine Klassenmoral!“

Herrn Noack könnte man zugurufen sich veranlaßt fühlen: Was braucht man, wenn man die Sozialdemokratie anpöbeln will, Einsicht, man hat ja Borniertheit!

### Aus dem Gerichtssaal.

„Machen Sie das mit Ihrem Gewissen ab!“ In Niederlöbnitz war in der Nacht vom 10. zum 11. Juli grober Unfug verübt worden. Übermütige Burschen hatten einen Gartenzäun ausgehoben. Der Verdacht fiel auf die hiesigen Schneidbergehilfen Jozel und Kolar, die deswegen hintereinander auf der Polizeiwache im Rathaus vom Donatschmann Gintis und den Schulheuten Sonntag und Danath vernommen wurden. Das Resultat der langen Vernehmungen war das „Gesändnis“ der beiden Schneider, die Übeltäter gewesen zu sein. Bald darauf erhielten sie je eine Strafverfügung, gegen die sie richterliche Entscheidung beantragten. Sie behaupten nämlich, das Gesändnis sei ihnen abgepreßt worden. Man habe sie mit „österreichische Wande“ und ähnlichen Schimpfworten traktiert. Da sie den groben Unfug nicht verübt haben, wollen sie die 3 Mk. Strafe nicht bezahlen. Da sei ihnen gesagt worden: „Geben Sie doch lieber die 3 Mark, dann haben Sie Ruhe! Sonst bleiben Sie hier und werden morgen nach Dresden gebracht. Dann kommen Sie per Schub an die Grenze!“ Die Schulheute bekräftigen alles das vor Gericht, so etwas käme bei ihnen nicht vor. Sie wurden vom Vorsitzenden gehörig ins Gebet genommen. Der Ober-Schuhmann und der Schuhmann Sonntag blieben „fest“, dagegen gab der dritte der vernommenen Schulheute nach und nach einiges zu, aus dem zu schließen ist, daß die Vernehmung nicht einwandfrei war. Ein Zeuge erklärte, er habe auf dem Korridor einige der den Schulheuten zur Last gelegten Äußerungen gehört. Vor der Verurteilung ermahnte der Vorsitzende nochmals die Schulheute, die Wahrheit zu

sagen. Sie blieben dabei, daß sie die Geständnisse der Angeklagten nicht durch Drohungen erhalten hätten. Mit den Worten: „Na, machen Sie das mit Ihrem Gewissen ab!“ gab der Vorsitzende seine vergeblichen Anstrengungen auf. Von der Schuld der Angeklagten konnte sich das Gericht trotz der Schulmannseide nicht überzeugen und erkannte auf Freisprechung. Wenn es sich nicht um Schulheute handelte, würde man es ihnen nicht überlassen, ihren in Widerspruch zu der Beweisaufnahme stehenden Eid „mit ihrem Gewissen abzumachen“.

**Was's denn so toll?** Reutant Erich Frommer von der 8. Kompanie des 26. Infanterieregiments, der am Sonnabend vor 8 Tagen unter dem Verdachte, seine Leute unsittlich behandelt zu haben, in Untersuchungshaft abgeführt wurde, hatte sich bereits am letzten Freitag vor dem Kriegsgericht der 7. Division zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auch für die Verkündung des Urteils wurde, entgegen § 284 der Militärstrafgerichtsordnung, die Öffentlichkeit nicht wieder hergestellt. Zur Verhandlung waren mehrere Zeugen geladen.

**Ein Patronendiebstahlprozeß** fand vor dem Wormser Kriegsgericht statt. Der Hauptschuldige, Sergeant Leineweber, erhielt 5 1/2 Jahr Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust, Bizefelwibel Wassermann wurde zu 6 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Drei Dragoner aus Darmstadt, die während der Untersuchungshaft Leinewebers Briefe von ihm an seine Frau befördert hatten, erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten.

**Militärisches Schreckensurteil.** Wegen Gehorsamsverweigerung wurde von dem Königsberger Militärgericht ein Arbeitssoldat zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mann hatte sich geweigert, einen Karren mit Ziegeln zu fahren, da er heftige Schmerzen im Arm hatte. Obgleich der Sergeant zugab, den Zustand des Mannes zu kennen, kam das Gericht zu dieser horrenden Strafe.

**Ein beachtenswertes Urteil.** Vor dem Essener Schöffengericht hatte sich ein Arbeiter wegen Betrugsversuches zu verantworten, weil er bereits einen Tag, bevor er vom Arzte gefund geschrieben war, in der Werkstatt gearbeitet und für diesen Tag Krankenunterstützung gefordert hatte, die ihm allerdings verweigert wurde, weil die Krankenkasse von der Tätigkeit des Angeklagten unterrichtet worden war. Der Angeklagte gab zu seiner Verteidigung an, daß er das Geld notwendig gebraucht habe. Das Essener Gericht aber verurteilte ihn, wie kurz zuvor das Leipziger Schöffengericht in einem ähnlichen Falle, wegen versuchten Betrugs zu drei Tagen Gefängnis.

**Aus Furcht vor Arbeitslosigkeit** zum Brandstifter geworden sind der Stuhlmüller Christoph Triller und der Weber Andreäus Schwegel, welche wegen vorsätzlicher Brandstiftung am 9. Dezember vor dem Schwurgericht in Kassel standen. Die beiden Angeklagten sind geständig. Beide waren seit längeren Jahren bei der Mechanischen Weberei von Kaiser u. Co. in Schwwege in Arbeit; infolge der verschärften Krisis in der Textilindustrie im vorigen Sommer sind die Fabrikmagazine der Firma in ungewöhnlichem Maße angeschwollen, weil es an Absatz mangelte. Die Angeklagten haben dieses Anstauen der Magazine wahrgenommen und befürchtet, daß eines Tages die Fabrik stillstehen würde, weil es an Absatz mangelte. Die Angeklagten haben das Fabriklager angezündet, damit die Bestände fortkämen und neue Waren angefertigt werden könnten. Der entstandene Schaden beträgt etwa 300 000 Mk. Eine Betriebsförderung, welche die beiden Brandstifter gerade vermeiden wollten, ist auch eingetreten. Die beiden Angeklagten wurden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

### Bücher, die man kaufen muß.

Immer um die Weihnachtszeit wird der Büchermarkt mit Neuerscheinungen überschwemmt. Teils sind es Produkte zeitgenössischer Autoren und teils ältere, beliebte Werke in neuem Gewande, welche dem Käufer die Auswahl erschweren und die Frage: was für Bücher kaufen wir unseren Kindern, wird häufiger als einmal von Eltern ausgesprochen. Bemittelten wird es nicht schwer fallen, diese Frage zur Zufriedenheit zu lösen, ihnen stehen die fein illustrierten und gut redigierten Werke der bedeutendsten Verlagsanstalten von Ruf zur Verfügung und bei ihnen wird es sich weniger um das Wie, als um das Was handeln. Für die Arbeiter-Eltern, die heute vielleicht ebensoviel, wenn nicht zum Teil noch besser wie die Besitzenden den Wert einer guten Kinder-Unterhaltungsliteratur erkannt haben, dürfte diese Frage schon schwerer zu beantworten sein. Bei ihnen spielt der Preis des Buches eine ausschlaggebende Rolle und hinter diesem muß leider nicht selten bei der Wahl der Wert zurückstehen. Das ist auch mit Schuld daran, wenn die Schund- und Schmutzliteratur in den Kreisen des unbemittelten Volkes so weit um sich greifen und groß und klein in den Mann schaurig-schrecklicher und geistig wie moralisch minderwertiger Geldgestalten ziehen konnte.

Aber in den letzten Jahren ist in der Auswahl auch billiger und gediegener Werke eine merkwürdige Aenderung zum Besseren eingetreten! Nicht zum letzten durch die Nachfrage der organisierten Arbeiterchaft nach besserer Geisteskost dazu veranlaßt, haben rührige Lehrer-Vereinigungen und nicht nur auf den eigenen Vorteil bedachte Verlagsbuchhändler eine Kinderliteratur geschaffen, deren Preis und Inhalt es den unbemittelten Eltern gestattet, ihren Kleinen das Beste zugänglich zu machen. So ist es beispielsweise der rührige Schaffstein'sche Verlag, neben einigen anderen, der durch seine Erscheinungen geradezu vorbildlich wirkt. Jetzt erst werden die wunderbar blütenreichen und zauberhaften Schöpfungen der romantischen Periode des vorigen Jahrhunderts, welche ein Kinderherz so ganz gefangen nehmen können, dem Volke zugänglich, das sich bisher mit den schlechtredigierten und in Stil und Ausfertigung meist sehr minderwertigen Ausgaben von Märchen, bestenfalls der Gebrüder Grimm behelfen mußte. Wir können heute ein kleines stilistisches und illustratives Prachtwerk: „Der gestiefelte Kater“, für 60 Pfennig kaufen, ein Beweis dafür, daß der beste Weg zu einer wirklichen Volksliteratur eingeschlagen worden ist. Und bei nur einigermaßen gutem Willen wird es leicht fallen, das der Eigenart des Kindes angepasste Buch auch ohne allzu große Aufwendungen zu finden.

Bisher wurde besonders hierin sehr viel gesündigt! In den preussisch-deutschen Militärkreisen wurden den Knaben jene bekannten Kriegs- und Händergeschichten, welche heldenhaft anregen sollen, den Mädchen jene süchtigen Schneewittchen- und Dornröschengeschichten in die Hände gegeben, ohne daß man sich über die allfällige Wirkung auch nur im mindesten klar geworden ist. Man räume mit diesen Sachen endgültig auf. Die Arbeiterchaft hat kein positives Interesse daran, soldatische oder Kriegsgeschichte in der männlichen, zage und demütigen Gestalt in der weiblichen Jugend großzuziehen. Es wird vielmehr ihre Aufgabe sein, gerade, aufrechte und ehrlich denkende Menschen, welche unbeeinträchtigt von unjenseitigen byzantinischen und unjenseitigen Geist sind,

zu erziehen und sie muß derselben schon in ihrer Jugend literarisch gerecht werden! Es ist ein Verdienst der sozialistischen Bewegung Deutschlands, daß sie selbst neblige Gegner nicht aberkennen können, daß sie der herrschenden Rückgratlosigkeit in der Jugendliteratur mit bestimmten, tendenziösem Gepräge durch vorsichtige Auswahl vollständig parteiloser Schriften einen Gegenpol geschaffen hat, der auf die Dauer seine gute Wirkung nicht verfehlen wird. Den proletarischen Eltern können wir nur empfehlen, den Bedarf ihrer Jugendschriften da zu decken, wo sie von vornherein sicher sind, daß sie gut beraten werden, und müssen dringend vor dem unbedachten Ankauf möglichst billiger, dafür aber auch naturgemäß schlechter Bücher warnen. Der Geist, aus dem heraus unsere klassischen Schriften geboren worden sind, bildet die Brücke, über welche die Arbeiterjugend höheren, schöneren Idealen zugeführt wird!

### Aus Nah und Fern.

**Die Kindermilch, der Arbeitslose und der Schutzmann.** In unserem Breslauer Parteiblatt lesen wir: Die Not, der Hunger und alle die anderen Folgen der Arbeitslosigkeit verleben doch oft zu den gewagtesten Experimenten. Die Passanten der Univeritätsbrücke von Mittwoch nachmittag können davon erzählen: Eine feine Dame geht dort mit ihrem hübschen Jungen. Ein Windstoß nimmt dem Kleinen mit einem Ruck die Milche und wirft sie übers Geländer aufs Eis der Ober. Was tun? Viele Neugierige sehen der Dame Not. Sie kann doch das „arme Kind“ nicht ohne Milche gehen lassen. Also muß sie einer heraufholen. Muß. Aber wer? Ihre Blicke verirren Frage und Wunsch: „Wer ist, der sich hinunterwagt?“ Niemand. Endlich meldet sich einer. Man steht ihm an, daß es ein Arbeitsloser ist. „Ich zahle 50 Pfg.“ Stolz blickt die Dame um sich, ob auch alle ihre Generosität gebührend bewundern. 50 Pfg. Das ist genug, ein Brot zu kaufen. Dabeim wirds nötig gebraucht. Also zugesagt. Für fünfzig Pfennig klettert der Bereitwillige, ein arbeitsloser Zimmerer, bis an die Eisbede herab, legt sich platt auf das Eis, rutsch, obwohl die Eisbede „in allen Fugen knackt“ und oben Warnungsrufe laut werden, auf dem Bauche weiter und weiter, steht und hört nicht auf die ihm umgebende Gefahr, kriecht und kriecht, bis er endlich die Milche mit den eisalten Händen erfährt. Nun wieder zurück. Noch mehr als vorher tracht das Eis. Anglicker noch erwarten ihn die Umstehenden, ungeduldig die Mutter des mühenlosen Kindes. Endlich! Ein Aufatmen. Ein: „Hier!“, ein „Danke“. Und fort waren Mutter und Kind. Er aber, der für 50 Pfg. dem Tod in den Rachen rutschte und nur durch einen Zufall wieder herauskam, er hat vielleicht nie den „Wallenstein“ gelesen, worin es heißt: „Und sehet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.“ Aber er setzte es ein und gewann — 50 Pfg. Weil 50 Pfg. für einen Arbeitslosen das Leben bedeuten können. Weil für 50 Pfg. der nagende Hunger wieder auf einige Stunden gestillt werden kann. . . . Einer aber war dabei, der keine Hochachtung vor dem da hatte, der soeben sein Leben um eines guten Zweckes willen riskiert: Das war — selbstverständlich! — ein Schutzmann. Anzeigen muß er bringen. Deshalb steht er da. Und hier bot sich ihm eine glänzende Gelegenheit, sein Notizbuch zu füllen. Flugs den Bleistift heraus — her mit dem Namen des Wagemutigen! Er hat, so steht es in seiner Instruktion, an verbotener Stelle das Eis betreten und somit — „groben Unfug“ verübt. Groben Unfug! Der feinen Dame (sie kommt zögernd zurück), die nie etwas über polizeiliche Justiz vernommen haben mag, auch den Schutzmann wohl nur als „Hüter der Ordnung“ anzusehen gelernt hat, will das nicht in den Kopf hinein. Aber Herr Polizist! Sie verhandelt mit ihm. Der, weil eine „bessere“ Dame ihn anspricht, steht schnell Rede und Antwort. Läßt er sich erweichen? Wird er Gnade für Recht ergehen lassen? Aberflüssig, weiter darüber nachzudenken. Der „Unfugstiftende“ war bereits im Gebirge verschwunden. Das Notizblatt blieb leer. Dem Gericht ward eine Arbeit erpart. Er aber, der Namenlose, der sein Leben gewagt, denkt vielleicht nicht einmal darüber nach, was er getan. Gält es wohl gar für selbstverständlich, daß ein Armer dem Reichen hilft. Weil es so vielen in Fleisch und Blut übergegangen ist. Was werden die Reichen anfangen, wenn die Armen dieser Irrtum verläßt?

**Ein mordlistiges Idyll.** Die braunschweigische Reglement ist jagdlustigen Lehrern durchaus nicht gemogen. Ihre Schulabteilung, das sog. Konfistorium, hat verfügt, daß die Lehrer nach dem Schluß ihres Dienstes eines Erlaubnis-Scheines bedürfen, falls sie noch jagen wollen. Dieser Schein wird gegeben und wird auch verlag, je nach dem Belieben des Ortsgeistlichen. Nach der „Allg. Deutschen Lehrerzeitung“ schrieb ein Lehrer seinem lokalen Schulinspektor:

„Hochschwürden! Nächsten Mittwoch schließt mein Unterricht stundenplanmäßig Mittags 12 Uhr. Falls es das Wetter erlaubt, gedenke ich nach Tisch einen Wirschgang durchs Feld zu tun und erbitte mir dazu Ew. Hochschwürden Erlaubnis, indem ich zugleich verspreche (H), vor Einbruch der Dunkelheit wieder zu Hause zu sein.“

Darauf schickte ihm der Pastor folgendes Antwortschreiben:

„Herr Lehrer! Ich wundere mich sehr, daß Sie schon wieder einmal Erlaubnis haben wollen, um einem Vergnügen obzuliegen, das, wie ich Ihnen schon wiederholt bedeutet, mit dem stillen, geistlichen Charakter des Lehrerberufs schwer in Einklang zu bringen ist. Kaum sind die Ferien geschlossen, während welcher Sie nach meinen eingezogenen Informationen fast täglich mit Ihrer Flinte das Feld durchstreifen (zeshmal in 14 Tagen), da baten Sie schon für vergangenen Mittwoch wieder um Erlaubnis, und nun schon wieder! Nach befehl Wissen und Gewissen, muß ich Ihnen diesmal Ihre Bitte abschlagen. Ich meine, es dürfte Ihnen auch nicht schwer werden, auf ein Vergnügen zu verzichten, das sogar Ihrem Pastor verlag ist. Anstatt mordlistigen Scheines durchs Feld zu schleichen, lassen Sie uns lieber mit Mariasinn fromm zu Jesu Füßen sitzen.“

Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß der Lehrer nach dieser eindringlichen Ermahnung seinen „mordlistigen Sinn“ zügelte und endgültig auf das Jagdvergnügen verzichtete wird.

**Ein Mann nach dem Herzen der bürgerlichen Presse.** Der Maurer Lühr in Würzburg wurde wegen Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Lühr hätte dem Genossen Schömbig, der ihn zum Beitritte in die sozialdemokratische Organisation aufforderte, die Nase ins Gesicht und den rechten Nasenflügel vor Blut abgehackt. — Die Deutsche Tageszeitung nimmt mit Wohlgefallen von diesem Nasenbeißer Notiz und ihr einziger Kommentar besteht in der Stichworte: ein grimmiger Sozialistenfeind. Welches Geschick hätte sich wohl erhoben, wenn ein Arbeiter einem Junker die Nase abgehackt hätte, der ihn zum Beitritt zum Bund der Landwirte animiert hätte?



Die Sammlungen für die Opfer von Raddob ergaben 120000 Mk.

Raubmordversuch. Gegen die in einem Geschäftslokale der Breitestraße in Berlin angestellte Wirtschafterin Heimann wurde ein Raubmord versucht. Der Täter, ein Schleifer namens Weitland, wurde ergriffen.

50 Menschen ertrunken. Im Schwarzen Meer hat ein großer Sturm gemüht, bei dem zahlreiche Personen ums Leben gekommen sind. Eine türkische Barkasse kenterte, wobei 50 Personen ihren Tod fanden.

Todesstrafe. Im Berliner Palast-Theater ist der Artist Arthur Vertil bei dem sogenannten Todesstrafe, den er zum ersten Male mit verbundenen Augen ausführte abgestürzt und schwer verletzt worden. Er wurde in die Klinik geschafft.

Ein Prommer! Der Pfarrer der Polzer Domkirche und frühere Landtagsabgeordnete Zannetti ist, wie die Blätter melden, mit Hinterlassung bedeutender Schulden flüchtig geworden. Auch stellt sich heraus, daß er große Unterschlagungen begangen hat. Sämtliche Kirchen der Pfarrikirche sowie diejenigen dreier anderer Kirchen und mehrerer frommen Stiftungen, welche der Pfarrer zu verwalten hatte, wurden vollkommen leer befunden.

Aus der Koblenzer Gesellschaft. Hier wurde der Inhaber eines Vaugeschäfts, Valentin Schweike, wegen Vergehens nach § 182 des Str.-G.-B. verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. In der Angelegenheit sind eine größere Anzahl Herren der Gesellschaft verwickelt. Es soll sich auch um Vergehen nach § 180 des Strafgesetzbuchs handeln. — § 182 des Strafgesetzbuchs behandelt die Verführung von Mädchen unter 16 Jahren.

Verstümmelter Ballon. Bei einer Sonnabend von Wiesbaden aus unternommenen Nachtfahrt wurde der Ballon „Mainz-Wiesbaden“ im Nebel durch eine Heiße auf die Erde geworfen. Beide Insassen, Hauptmann Eberhard und ein Herr Krause aus Wiesbaden, wurden herausgeschleudert, blieben aber unverletzt. Der Ballon entfloß in nordöstlicher Richtung. Dem Auffinder wird eine gute Belohnung zugesichert. Meldungen sind zu richten an Hauptmann Eberhard-Wiesbaden.

Giebelsturz. Bei einem Fabrikneubau in St. Ingbert stürzte ein Giebel ein, wobei zwei Arbeiter einer tödlich, verlegt wurden.

Bergmannstod. Zu Blaenavon bei Newport in Wales fand eine furchtbare Explosion in der dortigen Kohlengrube statt. Drei Mann wurden sofort getötet und viele lebensgefährlich verletzt.

Dynamit-Explosion. In Colon (Panama) explodierten 40 Tonnen Dynamit. 10 Personen wurden getötet und 50 verletzt. Die meisten Opfer sind Spanier. Die Explosion wird auf die zufällige Entzündung von Dynamit vor Beginn der beabsichtigten Sprengarbeiten zurückgeführt. Infolge der Erschütterung explodierten weitere 27 Tonnen Dynamit.

Der neue Hafen von Casablanca zerstört. Wie aus Casablanca gemeldet wird, wurden die neuen Hafenanlagen durch eine heftige Springflut zerstört. Sieben beladene Barkassen sind untergegangen. Die Verbindung mit der See ist seit einigen Tagen unterbrochen.

Wer war Karl der Große? In dem soeben erschienenen Büchlein von Robert Gaupp „Psychologie des Kindes“ (Leipzig, Verlag von Teubner) wird folgender Aufsatz eines Breslauer Volksschülers mitgeteilt: „Karl der Große war ein guter und tapferer Mann. Er hatte ein Hufeisen und das zerbrach er. Wenn er einen Türken sah, so zog er sein Schwert heraus und schlug ihn gleich mitten entzwei, daß die Häften nach allen Himmelsgegenden fielen. Er trug bloß Kleider, die seine Töchter genäht hatten. Er war sehr fromm. Wenn er nicht schlafen konnte, so betete er. Einmal kniete er an den Stufen des Altars. Da kam der Papst von hinten und salbte ihn. Nun war er deutscher Kaiser. Jetzt gab er den Monarchen deutsche Namen. Er gründete Schulen und Kirchen. Diese lernten lesen, schreiben und rechnen. Als er gestorben war, setzte er sich auf einen goldenen Stuhl und wurde in die Gruft heruntergelassen. Dort sitzt er heute noch.“

## Theater und Musik.

Zum Neuen Stadttheater gelangte gestern nachmittag als zweite Volksvorstellung Schillers packendes Schauspiel „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Das Haus war dicht besetzt. Die Vorstellung fand reichen Beifall.

Ein Volkstonzert veranstaltete am Sonntag abend der Lübecker Lehrergesangverein im Kolosseum. Die wohlgeschulte Sängerschar, die über gutes Stimmaterial verfügt, erzielte mit jedem Vortrag lebhafteste Anerkennung der zahlreich erschienenen Zuhörer. Von den Chören gefielen uns am besten das „Minnelied“, „Studenten-Nachtgesang“ sowie die Volkslieder „Zu Strassburg auf der Langenbrück“ und „Antreu“. Sehr schmerzlich ist die Ausführung von Friedrich Hegars „Rudolf von Werdenberg“. Um so höher ist die fein abgetönte Wiedergabe durch den Lehrergesangverein anzuschlagen. Als Solisten wirkten die Herren Tödtgen (Tenor) und Dr. E. Reuter (Cello) mit. Herr Tödtgen sang mit nicht allzugroßer, aber leicht ansprechender Stimme sechs Lieder, während Herr Dr. Reuter das Adagio und Allegretto aus der Arpeggione-Sonate von Schubert, „Lied ohne Worte“ von Mendelssohn-Bartholdy und das Scherzo von Goerns in trefflicher Weise zum Vortrag brachte. Als umsichtiger Dirigent und feinsinniger Begleiter der Solovorträge am Flügel sei Herr Hellmerich besonders erwähnt. Das Volkstonzert bedeutete einen vollen Erfolg der Veranstalter und Mitwirkenden. P. L.

## Allerlei Wissenswertes.

### Neues von der Sonne.

Unser Tagesgestirn gibt den Gelehrten noch immer Rätsel auf, deren Lösung nicht so leicht ist. Die Fleckenbildungen, die auf der Sonne manchmal zu sehen sind, gehören zu diesen unklaren Vorgängen, über deren Natur die Männer der Wissenschaft ebensowenig einig sind wie über die Temperatur und die Granulationen, die auf unserer Wärmespenderin beobachtet werden. Lange hat auch die Umdrehungsgeschwindigkeit der Sonne nicht einwandfrei festgestellt werden können und es gab darüber Meinungsverschiedenheiten, weil gelegentlich vorgenommene Messungen nicht das gleiche Resultat ergaben. Es kam eben darauf an, welche Polhöhe auf der Sonne zum Gegenstand der Beobachtung und Berechnung gemacht wurde. Nun aber kommt die überraschende Meldung, daß unsere Sonne sich nicht immer gleich schnell um ihre Achse dreht, sich manchmal in ihrer Rotation beeilt, zu einer anderen Zeit aber wieder langsamere Umdrehungen ausführt. Dies hat vor kurzer Zeit der deutsche Astronom Scheller festgestellt. Lange Jahre hindurch ausgeführte Beobachtungen führten ihn zu dem Ergebnis, daß sich unsere Tagesleuchte jetzt weniger rasch umdreht als vor etwa zehn Jahren. Damals übertraf sie die bisher ermittelte Geschwindigkeit recht anscheinlich, und zwar um etwa 1,3 Prozent, wenn man die sonst erforderliche Stundensumme mit der Zeit vergleicht, die jetzt für die Umdrehung in ihrem vor zehn Jahren beobachteten Maximalstadium ermittelt wurde. Im Zeitraum von 1891 bis 1901 erreichte die Umlaufzeit der Sonne durchschnittlich 26 Tage, 4 Stunden, während sie sich in der Mitte dieses Zeitraumes in 25 Tagen 21 Stunden um ihre Achse drehte. Sie vollzog damals die Drehung rascher, weil sie weniger Zeit dazu benötigte. So unbedeutend dieses Ergebnis auch scheinbar ist, so interessant und bedeutungsvoll ist es für die Wissenschaft, die daraus wertvolle Schlüsse ableiten kann. Die neue Beobachtung, die erst jetzt durch wissenschaftliche Zeitschriften bekannt wurde, läßt die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß dieser Vorgang mit den Polchwankungen der Erde und den Sonnenfleckenperioden der Sonne in Zusammenhang stehe. Gerade in der Zeit, in der die Sonne sich langsamer bewegte, führte die Erde die größten Polchwankungen aus und auch die Sonnenflecken waren in diesem Zeitabschnitt am häufigsten. Die Beschleunigung der Sonnenrotation und die Verminderung der Erdpolchwankungen fallen ungefähr mit der Zeit zusammen, da die Sonne am fleckendünsten war. Man darf vermuten, daß zwischen diesen Erscheinungen ein Zusammenhang besteht, der wohl noch genauer erforscht werden wird. Auch die Temperatur der Sonne ist so ein rätselhafter Faktor, der erst in der letzten Zeit wieder Gegenstand von Berechnungen war, die neue Zahlen ergaben. Früher glaubte man, die Sonne müsse mindestens eine Wärme von 10000 Graden haben. Völlner schätzte diese Temperatur sogar auf 13000 Grade, vor zwei Jahren behauptete Moissan, daß sie

nicht einmal 3500 Grade erreichte, weil es ihm gelungen war, bei dieser Temperatur alle Elemente in den gasförmigen Zustand überzuführen. Über 8500 Grade wären daher alle Elemente verdampft, weshalb Moissan glaubte, daß die Sonnenwärme um einige hundert Grade niedriger sein müsse, weil auch auf unserem Tagesgestirn diese Elemente vorhanden sind. Beobachtungen, die vor einem Jahre auf dem Montblanc vorgenommen wurden, sollten zu der Ermittlung der Sonnenwärme aus den altinometrischen Messungen führen, die in kurzen Rausen vorgenommen wurden und die Intensität der Sonne zeigen sollten. Aus den regelmäßigen Messungen, die dort oben während zwei Wochen vorgenommen wurden, berechneten Feret und Willochan im Jahre 1907 die Wärme des Kernes unserer Tagesleuchte mit 6042 Grade, die um 90 Grade geringer war als im Jahre 1906. Die Sonne ist daher nicht immer gleichmäßig heiß und sie wäre etwa doppelt so warm, als Moissan glaubte. Allerdings ist die neue Berechnung ebensowenig überzeugend wie die Moissans.

### Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Sonntag, 13. Dezember.

- D. Westkusten, Kap. Larsson, von Kopenhagen, 14 St.
- D. Finland, Kap. Blomberg, von Albo, 68 St.
- D. Stadt Stralsund, Kap. Schröder, von Rostock, 6 St.
- Nautilus, Kap. Böckberg, von Indiskaall, 5 T.
- D. Stadt Schleswig, Kap. Smil, von Gekke, 4 1/2 T.
- D. Britannia, Kap. Stoll, von Emden, 2 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Sonntag, 10. Dezember.

- D. Kurik, Kap. Gräslund, nach Stockholm.
- D. Söborg, Kap. Hansen, nach Kopenhagen.
- D. Hanfa, Kap. Schmalfeldt, nach Libau.
- Franz Bachnig, nach Neustadt.
- Laarnborg, Kap. Wagen, nach Riga.
- Sven, Kap. Nielsson, nach Göteborg.
- Nobann, Kap. Gustafson, nach Göteborg.
- Viktoria, Kap. Carlsson, nach Klintehamn.
- D. Annelise, Kap. Thiel, nach Königsberg.
- D. Arcona, Kap. Höpfer, nach Königsberg.

### Schiffsbewegung.

Sonntag, 12. Dezember.

D. Elbe ist heute nachmittag von Reval auf hier abgegangen.

Sonntag, 13. Dezember.

D. Deutschland ist heute früh von Riga nach hier abgegangen.

D. Luba ist heute vormittag von Pillau nach hier abgegangen.

D. Narvik ist gestern morgen von Narvik nach Rotterdam abgegangen.

Montag, 14. Dezember.

D. Stockholm ist gestern früh von Königsberg auf hier abgegangen.

## Handels- und Marktnachrichten.

### Steuerschau-Viehmarkt

12. Dezember.

Der Schweinehandel verlief anfangs ruhig, wurde zum Schluß jedoch etwas reger.

Zugeführt wurden 1905 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 65—66 Mk., leichte 64—65 Mk., Sauen 57—62 Mk. Ferkel 60—63 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarck. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

# Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Für die vielen Aranzivenden sowie für die frohlichen Worte des Herrn Pastor Goers anlässlich der Beerdigung unserer Schwester und Schwägerin Julie Sabonowski hiermit herzlichsten Dank.

### Die Verwandten.

Ein freundliches Logis zu vermieten.

Mittelstraße 9a, I.

Ein guterhaltenes Wolf-Kegelspiel zu verkaufen.

Ernstinestr. 12, pt.

Plüschgardinen, Freischwinger, Kinder-Kleppstuhl, Drahtgewebe, 6 m lang, 1,60 m breit, zu verkaufen.

Ludwigstr. 63, 2. Stg. I.

Eine Zither, Kindernähmaschine und andere Spielsachen zu verkaufen.

Watenortstraße 70, pt.

Beisekorb, Kinderbettst., alt. Schrank billig zu verkaufen.

Langer Lohberg 33.

**Vereinigte Butterhändler**  
v. Lübeck u. Umg.

**Allerfeinste Meierei-Butter**  
loftet Pfd. 1.35 Mk.

**Eristler einsetzen 1.50 Mk.**  
**Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.**  
1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen**, Uhrmacher  
Hauptstraße 62, S. S. Hauptstraße  
Gebrauchte Uhren.

**Dekoration u. Binderei**  
(Lieferant des Theaters).

Wiese, Königstr. 28.

**Möbel! Möbel! Möbel!**  
**Weihnachtsgaben.**

Sind jedenfalls die wertvollsten. Dieselben sind für den täglichen Gebrauch unbedingt notwendig und daher vielmal praktischer als manche andere Gaben. Jedes junge Mädchen hat besondere Freude daran, schon frühzeitig ein Gebrauchs- und Ausstattungsstück zu erhalten und bleibt daselbe ein Dank- und Erinnerungsgeschenk.

So findet man nun für wenig Geld solche praktische Möbel?

- Nächtliche, feine Einrichtung, 15, 18, 20 Mk.
- Kommoden, mit Bil. u. Konsol. 19, 20, 22 Mk.
- Vertikows mit Goldgrößen 27, 28 Mk.
- Spiegelschränke, ebenso, 16, 18 Mk.
- Küchenschränke, hübsch lackiert, 12, 16 Mk.
- Küchenschränke, Glasauslag nur 25 Mk.
- Wäschekiste 7, 8 Mk.
- Wäscheschrank 10, 12, 14, 16, 18 Mk.
- Wäscheschränke, hübsch, 20 und 22 Mk.
- Bettstellen 11, 12, 14, 16, 18, 20 Mk.
- Stühle! Stühle! Stühle!
- elegant und modern, für Wohnstube, 2,90, 3,25, 3,50, 3,80, 4 Mk.
- Jugend mit Wand, ganz neu, 5,50 Mk.
- in H. E. Kochs Möbelhändler, Mariesgrube Nr. 45, 40, 11.

Zahle für Hausstandslumpen Pfd. 3 Pf. frei Haus und Postkarte. Eisen, Zeitungen, Metall und Felle laufen zu hoch. Tagespreisen Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25.

Dienstag, den 15., bleibt mein Lokal von 8 Uhr an geschlossen.  
**Chr. Busch, Drögestr.**

## Arbeiter-

## Notiz-Kalender

1909

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Reichstagsverhandlungen. — Die Bedeutung der Landtage. — Sozialdemokratische u. Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerkschaftsverbände. — Kalender- und Gewerkschafts-Kalender. — Münz- und Gewerkschafts-Tabelle. — Portotaxe. — Preisliches Adressenmaterial. Außerdem enthält der Kalender ein hübsches ausgeführtes Marx-Porträt.

Zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung und bei den Kotpunkten.  
Der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W.

Meiner werten Kundschaft sowie allen Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnis, daß mein Geschäft an Wochentagen von mittags 12 Uhr an geöffnet ist. Gute und saubere Bedienung fernerhin zusichernd, verbleibe  
Ergebenst

## Carl Lüth,

Friseur, Glandorpstraße 8.

**Feinstes Weizenmehl, Diamantmehl, Dänischen Ruchensirup,**  
sowie  
**jämmtliche Ruchengewürze**  
in bester Qualität.

**Otto Fehlaue**  
Fackenburg Allee 32.

**Turnhallen-Bauverein.**  
(Eingeschriebener Verein zu Lübeck.)

**General-Versammlung**  
am Mittwoch, 16. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht.  
2. Vorstandswahl.  
3. Unterhaltungabend.  
4. Verschiedenes.  
Der Vorstand.